

Volkswille

Bezugspreis: Durch Boten oder durch die Post
1/2 monatlich, einschließlich 1.20 RM.
bei Postbezug, Beleggeld extra, im voraus zahlbar.
Erstcheinung des Blattes vor dem 1. März.
— Preis des Einzelnummers 10 Pfennig. —

Organ der Sozialdemokratischen Partei
Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Arbeiter-Sportvereine

Anzeigenpreis: im Verbreitungsgebiet 8 Pf.,
außerhalb 12 Pf., für 1 mm
Raumböhe. Reklame für 1 mm Raumböhe 6 Pf.
Kleine Anzeigen 5 Pf. Zu berechnen nach dem
amtlichen Berliner Dollar-Kurs für den Vortag.
— — — — —

Nr. 42

Hauptgeschäftsstelle und Verlag: Sellentkirchen, Ring-
straße 33. Fernsprecher Sammelnummer 258 41.

Sellentkirchen-Buer, Mittwoch, den 19. Februar 1930

Schreibleitung: Sellentkirchen, Ringstraße 33, Fern pr.
Sammelnummer 258 41. Erscheinungsbild 17 1/4 - 18 1/4 Uhr

12. Jahrg.

Regierung merk auf!

Forderungen des ADGB. zum Arbeitslosenschutz und zur Finanzlage des Reiches

Berlin, 18. Febr. (Eig. Drahtber.) Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am Dienstag auf seiner Tagung zwei Entschlüsse zum Arbeitslosen-
schutz und zur Finanzlage angenommen.

Die Entschlüsse zum Arbeitslosenversicherung

lautet:

„Die anhaltende Krise des Arbeitsmarktes, durch die zur Zeit bereits rund drei Millionen arbeitsfähige Menschen zur Untätigkeit verurteilt sind, gibt den Gewerkschaften erneut Veranlassung, die Regierung und das Parlament auf die stetig wachsende Notlage seiner Arbeitslosen und der gesamten Arbeiterklasse aufmerksam zu machen. Alle Bemühungen der Gewerkschaften, auf eine planmäßige öffentliche Arbeitsbeschaffung hinzuwirken, sind bisher, nicht zuletzt infolge der verschlechterten Finanz- und Anleihepolitik des Reiches, erfolglos geblieben. Das völlige Daniederliegen des Baumarcktes, der Ausfall der Rohstoffarbeiten sind Ergebnisse dieser von den Gewerkschaften bekämpften Politik.“

Auf der anderen Seite versucht das Unternehmertum durch Befämpfung der Sozialpolitik und planmäßigen Verweigerung der unvermeidlichen sozialen Ausgaben die gesamten Lasten der Arbeitslosigkeit einseitig auf die Schultern der Arbeitnehmer abzuwälzen. Mit der Verschärfung der Arbeitslosenversicherung soll der erstrebte Abbau der Löhne wirksam unterstützt werden.

In dieser Lage erneuern die Gewerkschaften mit um so größerem Nachdruck ihr Bekenntnis zur Notwendigkeit einer umfassenden Sozialpolitik, durch welche die Opfer der Wirtschaftskrise bis zum Eintritt einer Besserung der gesamten Wirtschaftslage ausreichend erhalten werden. Die uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Ausmaßes und der Lebensfähigkeit der gesamten deutschen Sozialversicherung ist das wichtigste Gebot der Gegenwart, für dessen Erfüllung die Arbeiterklasse sich bisher schon und auch weiterhin zur Übernahme der erforderlichen Beiträge bereit erklärt hat. Darüber hinaus kann aber in Zeiten ungewöhnlicher Arbeitslosigkeit auf die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel um so weniger verzichtet werden, als die heutige Lage der Arbeitslosenversicherung durch die Verhinderung rechtzeitiger Beitragserhöhung von den bürgerlichen Parteien bewußt herbeigeführt worden ist.

Das Reich hat die Verpflichtung, die alle auf ihrer Hande Arbeit Angewiesenen in Zeiten höchster wirtschaftlicher Not beizustehen. Diese Verpflichtung abzuwälzen auf die aus Beiträgen aufgesammelten Rücklagen anderer Versicherungsträger weist der Bundesausschuss mit aller Entschiedenheit zurück. Weder die Gefahrengemeinschaft noch der darlehensweise Zugriff aus den Beständen der Invaliden- und Angestelltenversicherung kann für eine Lösung der Finanzfrage des Reiches in Frage kommen. Eine solche Abwälzung der Verpflichtungen des Reiches würde nur die Leistungen und Aufgaben dieser Versicherungsträger in Gefahr bringen, die Verwendung der Rücklagen zur Förderung des Wohnungsbaues unterbinden und damit die Arbeitslosigkeit weiter steigern. Daher muß aufs schärfste jede derartige Lösung abgelehnt werden, die zugleich neue unerfüllbare Verpflichtungen und neue Bedrohungen für die Arbeitslosigkeit schaffen würde.

Die Solidarität der Arbeiterklasse erfordert aber weiterhin auch Vermeidung jeglicher Überzeitarbeit, die notwendig zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit beitragen muß. Der Bundesausschuss bezeichnet darüber hinaus als das aus der gesamten Entwicklung der Wirtschaft und der Technik sich notwendig ergebende Ziel, die Arbeiterklasse gegen nachteilige Folgen der Rationalisierung und Technisierung und zugleich vor den steigenden gesundheitlichen Gefahren zu schützen. Es ist auf die Dauer unerträglich, daß die Schlichtungsinstanzen auf die aus der Rationalisierung sich ergebende Steigerung der Arbeitsintensität in ihren Schlichtungsentscheidungen keine Rücksicht nehmen, weder durch Erhöhung der Löhne, noch durch Regelung der Arbeitszeit. Wenn sich die Rationalisierung als ein Fortschritt auswirken soll, dann ist eine andere Grundeinteilung der Schlichtungsbehörden erforderlich.

Angesichts der Tatsache, daß sich die Rationalisierung bisher vornehmlich in einer Freisetzung von Arbeitskräften ausgewirkt hat, ohne daß durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne und

Senkung der Preise neue Kaufkraft geschaffen worden wäre, fordert der Bundesausschuss erneut

eine schärfere Kontrolle der Kartelle und Monopolsysteme und ebenfalls eine Überwachung der Preisgestaltung.“

Die Entschlüsse zur Finanzlage

lautet:

„Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sieht in der Neuauflage der Reparationsfrage durch das Haager Abkommen einen weiteren entscheidenden Schritt auf dem Wege der Befreiung der besetzten deutschen Gebiete, der Entspannung der internationalen politischen Atmosphäre und der dringend erforderlichen Besserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern. Die Erleichterung der Reparationslast, die der neue Plan für Deutschland bringt, bedeutet eine gegenüber dem Dawesplan nicht unwesentliche Entlastung des deutschen Volkes. Diese Entlastung kann jedoch vorerst nicht, wie es wünschenswert gewesen wäre, in einer allgemeinen Steuerermäßigung zum Ausdruck gelangen. Sie muß zunächst Verwendung finden, für die Gesundung und Neuordnung der Reichsfinanzen. Die gegenwärtige Notlage der Reichsfinanzen erfordert darüber hinaus noch die Erschließung neuer außergewöhnlicher Einnahmequellen. Gesunde Reichsfinanzen sind die Grundlage gesunder Wirtschaft, die Vorbedingung für einen beständigen und technischen Fortschritt der angeführten Sozialpolitik.“

Der Bundesausschuss erhebt Protest gegen die immer wiederkehrenden Versuche sozialistischer Kreise, unter

Berufung auf die gegenwärtige Finanznot des Reiches den Staat von seinen sozialen Verpflichtungen zu entbinden und damit die sozialen Einrichtungen zu verfrüppeln. Er verwahrt sich ferner gegen alle Versuche, durch Maßnahmen irgend welcher Art, sei es auf sozialem oder auf steuerlichem Gebiet, eine Verschiebung der Lastenverteilung zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung herbeizuführen.

Zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des Reiches wird zur Sicherstellung der Mittel für seine sozialen Verpflichtungen ein prozentual festzusetzender Anteil als Opfer aller Steuerpflichtigen aus Besitz und Einkommen erhoben werden.

Der Abschluß der Reparationsverhandlungen hat Klarheit geschaffen über Deutschlands Finanzen sowie alle seine Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern. Damit ist die Zeit gekommen für einen planmäßigen Aufbau des deutschen Finanzsystems. Die Regelung des Finanzverhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, die Vereinfachung des Verwaltungsapparates mit dem Ziel der Schaffung des Einheitsstaates, die erforderlichen Umbauten des Steuerwesens sollen nunmehr unverzüglich in Angriff genommen werden. Die Regelung muß sofort erfolgen, daß der Staat die Möglichkeit erhält, seinen sozialen Aufgaben entsprechend seine steigende Bedeutung im Leben der Nationen jederzeit zu erfüllen.“



Adolf Köster tot

Berlin, 18. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der deutsche Gesandte in Jugoslawien, Dr. Adolf Köster, ist heute nacht gestorben. Er hatte zwei Operationen, die wegen seines Linderleidens vorgenommen werden mußten, überstanden, als am Dienstagabend plötzlich eine Herzschwäche eintrat, die den Tod des Patienten zur Folge hatte. Dr. Adolf Köster ist am 8. März 1883 geboren. Er studierte Philosophie und wurde mit 28 Jahren Privatdozent in München. Der sozialdemokratischen Partei hatte sich Köster schon in jungen Jahren angeschlossen. Er leitete eine Zeitschrift vor dem Weltkrieg die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart. Während des Krieges schrieb er als Kriegserklärer Berichte für die sozialdemokratische Presse, wobei er seine sozialistische Überzeugung niemals verleugnete. Nach der Revolution war er zunächst als einer der ersten Mitarbeiter Friedrich Eberts in der Reichskanzlei tätig. Später betraute Ebert ihn mit der Vertretung der deutschen Interessen bei der schleswigischen Volksabstimmung.

Nach dem Stapputsch wurde er Reichsaussenminister und später im zweiten Kabinett Bismarck Reichsminister des Innern. Er hat damals, namentlich auf dem Gebiete der Personalpolitik, energisch im republikanischen Sinne durchgegriffen.

Nach dem Rücktritt Bismarck wurde er Gesandter in Riga und blieb dort bis März 1928. Dann bestimmte man ihn für den wichtigeren Belgrader Posten, wo er sehr bald allgemeines Ansehen genoss.

Wissell

gegen Moldenhauer

Das Reichskabinett hat sich in seiner Nachsitzung vom Montag zum Dienstag mit den Ausgaben des Etat von 1930 beschäftigt. Wenn auch einige Fragen noch ungeklärt sind, so steht doch jetzt im wesentlichen die Ausgabenseite des Etats fest. Immerhin erfordert die offiziöse Mitteilung, daß die Beratungen in allen wesentlichen Punkten zu einer Einigung geführt haben, eine Einschränkung.

Diese Einschränkung bezieht sich im wesentlichen auf die Beschlüsse des Kabinetts zum Etat des Reichsarbeitsministers. Seit langem bestehen hier Differenzen zwischen dem Arbeitsministerium und dem Finanzministerium, die nun durch das Kabinett entschieden wurden. So ist der Antrag für die Wöchnerinnenhilfe, die das Reich seit mehr als einem Jahrzehnt bezahlt von 29 Millionen auf 15 Millionen gekürzt worden. Der gekürzte Betrag von 14 Millionen soll entweder durch eine Kürzung der Leistungen der Wochenhilfe aufgebracht oder von den Krankenkassen übernommen werden. Aus den Mitteln, die das Reich aus Zoll-
eagen zur die Gesundheitsförderung der Invalidenversicherung zur Verfügung stellt und die alljährlich 40 Millionen betragen, sind 20 Millionen gestrichen worden. Sie sollen in den Etat für 1935 eingesetzt werden. Die Entscheidung über die Höhe des Zuschusses für die produktive Erwerbslosenfürsorge wurde ausgesetzt, bis zur Klärung der Frage, ob diese Mittel nicht zum Teil auf dem Kreditwege beschafft werden können. Einweilen wird im Etat nur die Summe von 30 Milli-
Mark erscheinen.

Bei i Kapitel Abfindung für Kriegsbeschädigte bleibt es bei dem vorjährigen Etatsantrag von 63 Millionen. Der Versuch, den früheren Antrag von 88 Millionen wieder herzustellen, ist mißlungen.

Alle diese Entscheidungen über den Etat des Reichsarbeitsministeriums sind gegen den entschiedenen Widerstand des sozialdemokratischen Arbeitsministers Wissell getroffen worden. Wie ernst dieser Widerstand zu bewerten ist, zeigt seine Erklärung, daß er diese gegen die sozialdemokratischen

Rabiettsmitglieder zustande gekommenen Beschlüsse nicht vertreten könne und seine abweichende Stellung zum Ausdruck bringen werde. Damit ist bereits angedeutet, daß sich auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit der Entscheidung des Kabinetts nicht abfinden wird.

Auch der Etat des Reichswehrministeriums war unprätig. Da im letzten Jahre erhebliche Streichungen in Höhe von 66 Millionen an ihm vorgenommen worden waren, so suchte das Reichswehrministerium sich in diesem Jahre größere Ausgaben zu verschaffen. Das ist ihm zwar nicht ganz, doch teilweise gelungen. Trotz im Kabinetts vorgeschlagenen Erhöhungen wird der Etat der Reichswehr und der Marine rund 700 Millionen Mark beanspruchen, also die Höhe von 1928 zu erreichen und die Ausgaben vom Jahre 1929 von rund 30 Millionen überschreiten. Dagegen ist die vom Reichswehrminister für den Panzerkreuzer B angeforderte Rate bzw. Anerkennungsgeld nicht bewilligt worden. Ein Betrag für den Panzerkreuzer „B“ wird also im Etat für 1930 nicht eingestellt.

Mit diesen Beschlüssen des Kabinetts ist aber erst der Anfang zur Aufstellung des neuen Etats gemacht, denn die weit schwierigeren Fragen der Deckung des Fehlbetrages sind bisher nicht erörtert, geschweige denn entschieden worden. Das Reichskabinetts will sich zunächst vom Umfang und der Art der Steuererhöhungen, als auch der Mittelbeschaffung für die Arbeitslosenversicherung erst entscheiden, wenn die Beratungen mit den Regierungsparteien einigermaßen erkennen lassen, auf welchem Wege die Verhängung am leichtesten erzielt werden kann. Diese Verhandlungen dürften aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister, dem Reichsarbeitsminister und den sozialpolitischen Vertretern der Regierungsparteien am Dienstag ergaben erneut, daß die Sozialdemokraten die Vorschläge ablehnen, durch die die Sozialversicherungen für die Fehlbeträge bei der Arbeitslosenversicherung herangezogen werden sollen. Auch die Beratungen mit den finanzpolitischen Vertretern der Regierungsparteien, die sich mit den Möglichkeiten von Steuererhöhungen beschäftigten, führten bisher zu keinem Ergebnis. In beiden Verhandlungen ist von der Sozialdemokratie die Forderung nach einem Notopfer der Leistungsfähigkeit erhoben worden, da es nicht angehe, die schweren Lasten für die Sanierung des Reichsetats allein den Massen der Bevölkerung aufzuerlegen.

Einstweilen begegnet dieser Gedanke erheblichen Widerständen, besonders bei der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten. In diesen Kreisen hofft man, den Fehlbetrag durch Abbau der sozialen Ausgaben und einseitige Erhöhung von Verbrauchssteuern aufbringen zu können. Das ist aber ein vollkommener Trugschluß. Eine solche Politik wird die Sozialdemokratie nicht vertreten. Wer den Ausgleich des Etats mit ihrer Hilfe erzielen will, wird beachten müssen, daß die in der Entscheidung des Bundesrats des Reichstages und der Reichstagskommission niedergelegten Anschauung auch die Anschauung der Sozialdemokratie ist.

Festigung der Gemeindefinanzen

Ein Runderlaß des preussischen Innenministers

Berlin, 18. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Ein Runderlaß des preussischen Innenministeriums befaßt sich mit der Verschönerung der Gemeinden und stellt fest umfassen Vorschläge auf, die vor allem eine Abdeckung der vielfach aufgenommenen kurzfristigen Kredite bezwecken und gleichzeitig einer zukünftigen kurzfristigen Neuverschuldung einen Damm vorschieben sollen. Durch verlässliche Speisung der Girozentralen aus den Einlagenmitteln der Sparkassen sollen die Girozentralen in die Lage versetzt werden, Mittel zur Abdeckung kurzfristiger Kommunalanleihen und zu einer Umwandlung in langfristige Kredite bereit zu stellen. Sodann werden besondere kommunale Kreditausschüsse eingesetzt, die auf der freien Initiative der Selbstverwaltung beruhen sollen. Es folgen weiter scharf umrissene Bestimmungen darüber, daß kurzfristige Kredite nur aufgenommen werden dürfen, wenn sie als solche genehmigt sind und daß auch etwa die Genehmigung einer langfristigen Anleihe nicht zur Aufnahme eines kurzfristigen Kredits für den gleichen Zweck berechtigt. Die leitenden Beamten der Gemeinden sowie die Finanzbeamten werden für die strikte Durchführung sämtlicher Bestimmungen des Erlasses persönlich verantwortlich gemacht.

Die Geschmacklosigkeiten des Herrn Schacht

Berlin, 18. Febr. (Drahtmeldung.) Der Haushaltsausschuß und der Auswärtige Ausschuß des Reichstages faßten am Dienstag vormittag die Beratung der Moratoriumsklausel des Young-Planes fort. Zur Frage des Reichsbankgesetzes führte der Sozialdemokrat Heinig aus: Der jetzige Reichsbankpräsident gibt immer neuen Anlaß zur Kritik. Seine jüngste Rede bei der Schaffermahlgewinn war wieder ein Beispiel von Geschmacklosigkeit und Ungezogenheit. In der Frage der Lombardierung der Kommunalanleihen gehen meine Freunde mit dem Reichsrat konform. Mit der Aufgabe der Reichsbank als unabhängige Währungsbank ist es unvereinbar, wenn sie ein bestimmtes Wertpapierkonto unterhält und auf diesem unrichtbare Abschreibungen macht. Wir verlangen eine wirkliche klare Bilanzierung und behalten uns bei der zweiten Banknapelle entsprechende Anträge vor. Unbedingt notwendig ist es, die Geschäftsführung der Reichsbank wieder der Kontrolle des Rechnungshofes zu unterstellen. Höchst eigenartig müssen Sparmaßnahmen aus dem Munde eines Mannes herkommen, der, wie der Reichsbankpräsident mehr als eine Viertelmillion Mark Gehalt im Jahre bezieht. Die Reichsregierung sollte beschließen eine Herabsetzung des Gehalts des Reichsbankpräsidenten auf den Gehalt des Reichsbankpräsidenten mit der Exportkreditpolitik überhaupt nichts zu tun hat.

Der Weg zum Zollfrieden

Robert Schmidt zeigt ihn in Genf

Genf, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Auf der Zollfriedenskonferenz hielt heute der Vertreter Deutschlands, Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt eine groß angelegte Rede. Er führte im einzelnen aus: Deutschland nimmt mit Genugtuung an einer Konferenz teil, auf der fast sämtliche europäischen Staaten vertreten sind und die sich die Aufgabe gestellt hat, Mittel und Wege zu finden, um zu einem Zollfrieden und zur Annäherung der Staaten zu kommen.

Der Völkerverbund ist seiner Struktur nach universell angelegt. Solange aber einer universalen Lösung unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen, muß eine Verständigung der einzelnen Staatsgruppen innerhalb dieses Kontinents vorausgehen, d. h. zunächst eine europäische Wirtschaftsverständigung. Wenn wir erst die europäische Wirtschaftsgemeinschaft erkannt haben, dann wird auch diese Erkenntnis langsam heranreifen können.

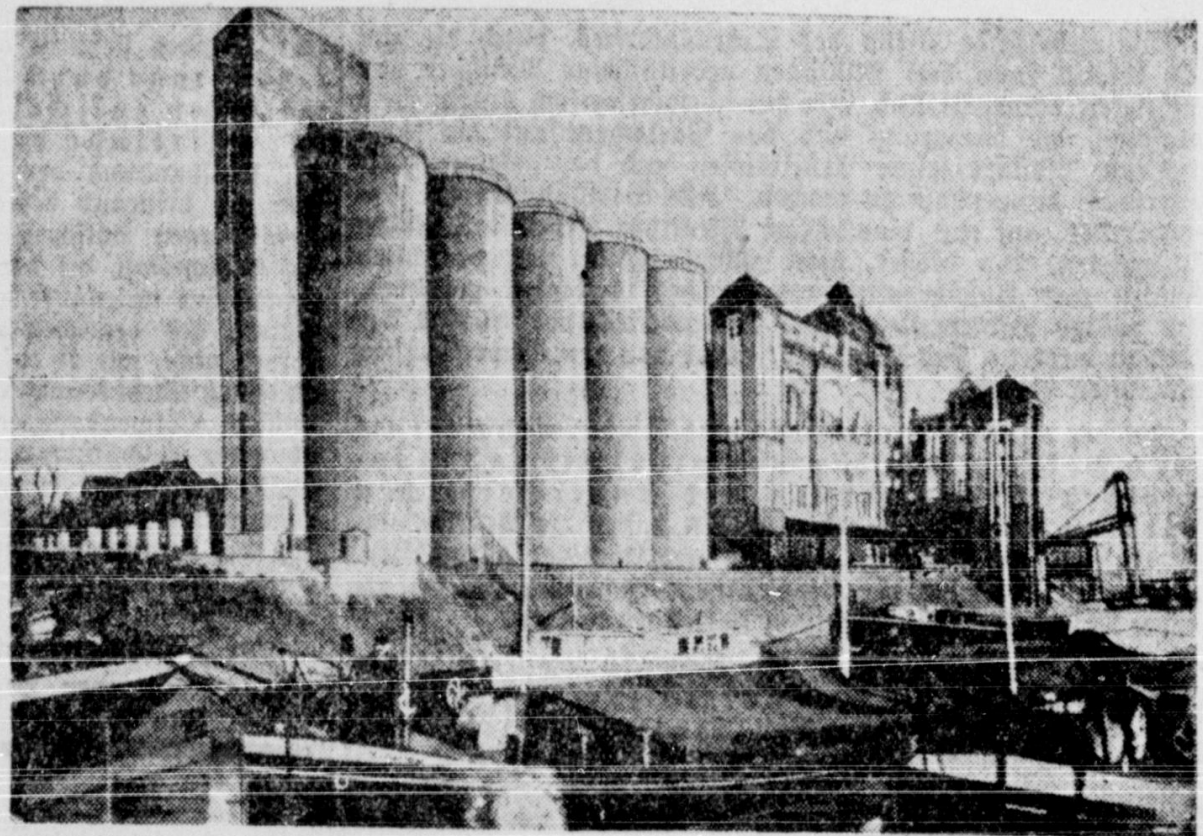
Was heute noch fehlt, ist der europäische Gemeinheitswille.

Die seit 1927 im Aufstieg befindliche Konjunktur Europas hat 1929 den Höhepunkt überschritten. Die Rohstoffpreise haben im letzten Halbjahr sinkende Tendenz. Die Arbeitslosigkeit in Osteuropa und Großbritannien ist im Steigen begriffen, während sie im kontinentalen Westeuropa noch bis zum Herbst 1929 sinkende Tendenz zeigte, aber dort immerhin der Tiefpunkt erreicht zu sein scheint.

Die besondere Lage, die sich für Deutschland ergibt, läßt sich wie folgt zusammenfassen: Kapitalarmut, Reparationen, Arbeitslosigkeit, landwirtschaftliche Notlage und ungenügende Verteilung der Nationalisierung. Deutschland befindet sich schon seit 1½ Jahren im Zeichen einer absteigenden Konjunktur und insbesondere seit dem vorigen Herbst hat sich die Wirtschaftslage erheblich verschlechtert. Seit der Stabilisierung der Mark ist die Konjunktur Deutschlands nicht mit der Konjunktur Europas gegangen. Der Grund dafür ist vor allem der Mangel an brennlichem Kapital in Deutschland. Durch Auslandskredite war es zwar möglich, den dringenden Kapitalbedarf zu befriedigen, aber Auslandskapital kann niemals die

innere Kapitalbildung voll ersetzen. Diese innere Kapitalbildung ist durch die uns auferlegten Lasten außerordentlich erschwert. Die gewaltige Reparationslast von durchschnittlich 2 Milliarden Mark in Jahre kann auf die deutsche Wirtschaftspolitik nicht ohne Einfluß bleiben, denn sie zwingen uns stärker denn je eine Aktivität der Handelsfinanz anzustreben. Deutschland leidet unter sehr starker Arbeitslosigkeit und ganz besonders unter einer Notlage der Landwirtschaft.

Der Gedanke eines Zollfriedens kann man vom Gesichtspunkte einer europäischen Verständigung aus nur begrüßen. Der vom Wirtschaftsausschuß des Völkerverbundes ausgearbeitete Entwurf scheint mir eine geeignete Diskussionsgrundlage. Aber es scheint, als ob der Abschluß eines Kollektivvertrages über einen Zollfrieden keine große Aussicht auf Verwirklichung hat. Das würde leider den bisherigen Erfahrungen der wirtschaftlichen Konferenzen des Völkerverbundes entsprechen. Deutschland ist aber bereit, auch jede andere Idee, die zum Zollfrieden führen könnte, objektiv zu prüfen. Ich habe den Eindruck, daß die große Bedeutung unserer Konferenz nicht zum wenigsten darin besteht, daß zuerst einmal unter den Auspizien der europäischen Staatsmänner sich zu einer wirtschaftlichen Konferenz zusammenfinden. Wenn die vom Völkerverbund zusammenberufenen Konferenzen zunächst die den europäischen Staaten gemeinsamen Sorgen und Nöte erörtert, so soll damit keine Spitze gegen außereuropäische Staaten gegeben sein. Wir können ohne die Befürchtung, nicht verstanden zu werden, in unsere Beratungen eintreten und alle Maßnahmen vorbereiten, die geeignet sind, eine wirtschaftliche Annäherung der europäischen Staaten zu ermöglichen. Gelingt es, den inneren europäischen Markt zu erweitern und die Kaufkraft der europäischen Massen zu stärken, so wird der Vorteil auch den außereuropäischen Staaten zugute kommen, die Rohstoffe oder Waren an Europa absetzen. Wird die Produktion gehoben und der Markt erweitert, so kann auch die Lebenshaltung der breiten Massen gesteigert werden und der kulturelle Aufstieg schreitet fort.



Im Düsseldorfer Hafen ist ein neuer Silo erbaut worden, der durch seine gigantischen Ausmaße als ein Meisterstück deutscher Baukunst zu betrachten ist. Der riesige Bau ruht auf 500 Eisenbetonpfählen und ist 40 Meter hoch. Er hat ein Fassungsvermögen von 200.000 Zentner Getreide.

Die Regierung Büniger gestürzt

Ein Kabinetts der Unwahrscheinlichkeit

Dresden, 18. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die Regierung Büniger ist heute nachmittag gestürzt worden. Den äußeren Anlaß hierzu gaben zwei von den Kommunisten und Nationalsozialisten eingebrachte Anträge, die dem Kabinetts wegen der Zustimmung Sachsens zu den Young-Plänen Mißtrauen ausdrücken. Der kommunistische Antrag erreichte nicht die verfassungsmäßige Mehrheit von 48 Stimmen, dagegen wurde der nationalsozialistische Mißtrauensantrag mit 43 gegen 24 Stimmen, bei 9 Enthaltungen angenommen.

In der Aussprache hatte Ministerpräsident Büniger erklärt, das Kabinetts habe es abgelehnt, mit einer Stimmenthaltung im Reichsrat den Schein der Unentschiedenheit oder der Hemmung durch taktische Versuche hervorzurufen. Es sei allein die Frage entscheidend gewesen, ob die Zustimmung zum Young-Plan eine unabwendbare Notwendigkeit sei, um das Reich zu retten. Das Kabinetts habe diese Frage bejaht, weil das Haager Abkommen das kleinere Übel gegen den Dawesplan sei.

Nächste Reichstagsitzung Montag

Berlin, 18. Februar. (Drahtmeldung.) Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung am Montag steht nur die Verlängerung der Mieterschutzgesetze. Die zweite Lesung des Young-Plans dürfte erst am Mittwoch, frühestens am Dienstag der nächsten Woche beginnen.

40 Millionen für den Grenzfonds

Gleiche Behandlung des Ostens und des Westens

Berlin, 18. Febr. (Drahtmeldung.) In der nächsten Kabinettsitzung wurden dem „Berliner Tageblatt“ zufolge die Grenzfonds für den Osten und den Westen gleichmäßig mit je 20 Millionen Mark bemessen (bisher 23 und 17 Millionen).

Der Abgeordnete Böckel gab im Namen der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt: „Die sozialdemokratische Landtagsfraktion befindet sich im schärfsten Gegenatz zum Kabinetts Büniger und hat wiederholt erklärt, daß sie jede Gelegenheit benützen würde, um diese reaktionäre Regierung, die nicht einmal von der Mehrheit des Landtages gewählt ist, und die ihre Existenz nur der politischen Intoleranz der kommunistischen Partei verdankt, zu stürzen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird deshalb für die Mißtrauensanträge stimmen, ohne sich die Begründung der Anträge zu eigen zu machen. Die sozialdemokratische Fraktion tritt in einheitlicher Auffassung mit der Gesamtpartei im Reich für die Zustimmung zum Youngplan ein. Es wäre aber eine lächerliche Zumutung, wollte man aus dieser sachlichen Stellung der sozialdemokratischen Fraktion die Verpflichtung herleiten, das von ihr scharf bekämpfte Kabinetts Büniger gegen den Ansturm seiner eigenen Regierungspartei im Sattel zu halten. Der vollparteiliche Ministerpräsident Büniger, der Parteifreund Strefemann, hat sich innerpolitisch mit der Partei verbündet, die der Führer der Volkspartei und seine Außenpolitik maßlos beschimpfen. Der Ministerpräsident Büniger, der den Eid auf die Verfassung der Republik geleistet hat, verschmähte nicht die Unterstützung der Nationalsozialisten, die die republikanische Staatsform schroff verneinen und bekämpfen. Das Kabinetts Büniger, aus der Mehrheit des Landtages geboren und von Gruppen unterstützt, die das öffentliche Wohl mit ihren engstirnigen Interessen verwechseln, ist vom Tage seines Bestehens an nichts anderes als eine politische Unwahrscheinlichkeit gewesen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion zögert keinen Augenblick, diesem Kabinetts das verdiente Ende zu bereiten und wird deshalb für das Mißtrauensvotum stimmen.“

Auffachen erregte es, als die Deutschnationalen, die selbst im Kabinetts Büniger vertreten sind, erklärten, daß sie der Regierung nicht das Vertrauen aussprechen könnten. Als sie unmittelbar darauf erklärten, sie seien aber bereit, in Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung auf der bisherigen Basis mitzutreten, erscholl im ganzen Hause Gelächter. Nach der Abstimmung erklärte Dr. Büniger sofort, daß die Regierung in ihrer Gesamtheit zurücktrete.

Ein Ausschnitt aus dem Verkehrsleben in Gelsenkirchen.

und des Gesichts, Aufspringen der Haut, unschöne Hautfarbe und Teintfehler verwendet man am besten die schneelig-weiße, fettfreie, glyzerinhaltige **Crème Leodor**, welche den Händen und dem Gesicht jene matte Weiße verleiht, die der vornehmen Dame so sehr erwünscht ist. Ein besonderer bei Juckreiz der Haut und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist Maiglöckchen und Flieder ohne jenen berüchtigten Moschusgeruch, den die vor-
lor-Edel-Seife Stück 50 Pf. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Als ein glückliches Mittel würde sich in diesem Falle erweisen.

Die Grenze des Horster Polizeibereichs bis an den Kanal auszuweiten.

Dadurch würde dem Empfinden der Bevölkerung des südlichen Gebietes entgegenkommen werden, da sich alle Bewohner nördlich des Kanals unbedingt zum Stadtteil Horst zählen. Es scheint uns, daß einer solchen Regelung der Frage, die übrigens eine glatte Abwicklung aller Dienstgeschäfte der Polizei garantiert, keine Schwierigkeiten bereiten dürfte.

Im Zusammenhang damit ist erneut die Frage einer Polizeiwache im Horster Süden

anzudeuten. Es wird von der Bevölkerung des Horster Südens immer und immer wieder bitter beklagt, daß der Weg zur Polizeiwache zu weit sei. Gewiß ist durch die Verlegung der Polizeiwache von der Hochstraße zum Amtshausplatz auch in dieser Hinsicht eine nicht zu verkennende Besserung eingetreten, es muß jedoch anerkannt werden, daß eine Wache im Horster Süden eine unabwendbare Notwendigkeit ist.

Die Sonnenkraft-Maschine

So interessant auch die Versuche der Technik sind, eine Fahrt mit Raketenkraft ins Weltall zu ermöglichen, so gibt es doch noch Dinge, deren Beachtung und Erforschung für die Menschheit unendlich wichtiger sind.

Schon seit Jahrzehnten taucht immer wieder die Frage auf, ob man die Strahlen, die uns allmählich die Sonne sendet, nicht unmittelbar für Kraftzwecke verwerten kann. Es handelt sich dabei darum, die tagsüber in der Luft enthaltene Wärme in Elektrizität oder mechanische Bewegung umzuwandeln. Bekanntlich lassen sich die Sonnenstrahlen durch geeignete Spiegel sammeln, so daß auf diese Art eine ziemlich hohe Temperatur erreicht werden kann. Die Spiegelfläche muß natürlich um so größer sein, je höhere Temperatur erzielt werden soll. Wenn man Sonnenstrahlen in einem Hohlspiegel von einem Quadratkilometer Größe sammeln würde, so könnte man im Brennpunkt dieses Spiegels einen Hohlraum einrichten. So winzig klein die Erde, von der Sonne aus betrachtet, auch erscheint, so wird sie doch mit einer ständig fließenden Strahlungsleistung von über zwei-tausend Billionen Kilowatt bedacht. Ein großer Teil dieser Kraft strahlt wieder in den Weltraum hinaus, aber der verbleibende Rest von etwa fünfzehn Billionen Kilowatt ist noch immer ganz unvorstellbar groß. Alle Lebewesen auf Erden, Menschen, Tiere und Pflanzen, haben ihr Dasein vollständig auf den Gang dieser Sonnenstrahlung eingestellt. Die Wärme, die tagsüber auf die Landmassen getrieben wird, geht nachts durch Ausstrahlung in den Weltraum wieder verloren. Nur die in den Pflanzen stehende chemisch gebundene Energie bleibt endgültig auf der Erde. Man schätzt den Anteil, der von der Erde wieder ausgestrahlt wird, auf 99 Prozent aller eingelangenen Sonnenwärme.

Die Verwertung der wichtigen Energiequellen der Sonne steht also dem Menschen offen. Ob vielleicht nicht gerade unter Zentralgestirn der Quell ist, der billige unerschöpfliche Kräfte liefert, um die ganze Erde in ein Paradies zu verwandeln? In der Sahara könnte man z. B. Sonnenmotoren mit Erfinden dazu verwenden, aus tiefen Bohrlöchern Wasser heraufzuholen und Oasen mit üppiger Vegetation zu schaffen. Der Elektrizität würde auf Erden bei einer rationellen Ausnutzung aller Wärmeenergie der Sonnenstrahlung eine mächtige Rivalin erwachsen.

Vermutlich hat Augustin Mouchot als erster im Jahre 1861 einen Dampfessel mit Sonnenstrahlen angetrieben. Im 18. Jahrhundert hat bereits ein Franzose Pläne für den Betrieb von Springbrunnen durch Sonnenstrahlen entworfen. Heute sind wir noch nicht viel weitergekommen. Nur in Kalifornien und Ägypten stehen einige Sonnenkraftmaschinen; weitere Verbreitung haben diese Maschinen bis jetzt noch nicht gefunden.

Collegium musicum.

Jeder Zweck und Ziel des Collegium musicum, der Vereinigung von Berufs- und Liebhabermusikern, haben wir an dieser Stelle schon mehrfach, was zur Aufklärung not tat, gesagt. Wir können heute daher unmittelbar auf die Frage eingehen: Hat das Collegium musicum eine Zukunft, die seine Gründung und sein Bestehen rechtfertigen? Wenn wir von der für uns selbstverständlichen Voraussetzung ausgehen, daß Max Storsberg, der der Stadt durch diese städtischen Musikantenkapelle ist, sich im Kreise dieser Musiker von Beruf oder Neigung lebhaft als der gute Genius, als der primus inter pares betrachtet, und daß das Collegium musicum selbst nicht von irgendwelchen finanziellen Spekulationen — sei es des Dirigenten oder der Mitglieder — angeleitet wurde, so können wir die Frage nach der Gründung und ihrer Berechtigung ohne weiteres bejahen.

Am Dienstagabend gab diese jüngste Musikantenkapelle ihre erste „Musikalische Akademie“ in der Aula der Oberschule. Der leidlich gut besetzte Saal zeigte, daß diesem künstlerisch-musikalischen Streben Interesse entgegengebracht wird. Das Orchester spielte mit dem Concerto grosso von Händel, einem Konzert für Klavier und Streichorchester von J. S. Bach, der Serenade Nr. 6, D-Dur, von W. A. Mozart und drei Bagatellen, op. 88, von Hugo Riemann auf.

Diese Vortragsfolge zeigt, daß es Max Storsberg darum zu tun war, von vornherein zu zeigen, daß dieses Streichorchester bemüht sein will, ernsthaft ernste Musik zu machen. Es wurde zuviel verlangt, von diesem Orchester, das sich aus durchaus heterogenen Elementen zusammensetzt, gleichsam auf den ersten Hieb ausgeglichene Leistungen zu erwarten. Deshalb soll heute ein kritisches Eingehen auf Einzelheiten unterbleiben, es kann aber gern gesagt werden, daß der Gesamteindruck ein durchaus günstiger und zukunftsversprechender war. Die Veranstaltung berechtigte zu dem Glauben, daß das Collegium musicum nicht allein zu seiner eigenen Freude, sondern im stillen Kämmerlein, wird musizieren dürfen, sondern daß es, je länger je mehr es eingeebnet sein wird, auch bei dieser oder jener Veranstaltung zur künstlerisch-geistlichen Umrahmung seine Dienste in den Dienst des kulturellen Lebens unserer Stadt stellen können und müssen. Aus dieser Perspektive heraus betrachtet, können wir dem Collegium musicum als dem höchsten Kulturfaktor nur die beste Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung wünschen.

Städtische Veranstaltungen in Gelsenkirchen

„Die Frau, die jeder sucht“

ein Lustspiel in drei Akten von Ludwig Hirschfeld, gibt das Theaterhaus in der Stadthalle heute (Mittwoch) für die Vortragsgruppe nach. Spielbeginn 19.30 Uhr, Ende gegen 21.45 Uhr.

Tageskarten zu 1, 2, 3 und 4 RM im Städtischen Bildungsamt (Hans-Sachs-Haus, Zimmer 228) und an der Abendkasse in der Stadthalle.

„Nicoletto“

Das Dortmunder Stadttheater gastiert morgen (Donnerstag) in der Schauburg Buer mit Verdis Oper „Nicoletto“. Beginn 19.30 Uhr, Ende gegen 21.30 Uhr. Nichtvorkäufer erhalten Karten zu 1, 2, 3 und 4 RM im Rathaus Buer (Zimmer 17), Hans-Sachs-Haus (Zimmer 228), in den bekannten Kartenverkaufsstellen und eine Stunde vor Beginn an der Abendkasse in der Schauburg.

Die dritte Ratengabe für die Vermietkartent

der städtischen Theaterveranstaltungen sowie der Sinfonie- und Kammermusikveranstaltungen ist seit dem 10. Februar 1930 fällig. Die sämtlichen Zahler werden freundlich gebeten, die Beiträge im Städtischen Bildungsamt (Hans-Sachs-Haus, Zimmer 228) oder im Rathaus Buer (Zimmer 17) unter Vorlegung der Vermietkartent während der Dienststunden (von 8 bis 13 und 15 bis 19 Uhr, Mittwochs und Samstags von 8 bis 14 Uhr) einzuzahlen. Mit Ablauf des 20. Februar erfolgt schriftliche Mahnung und ist neben der Ratengabe eine RM für die Ausfertigung und Zustellung der Mahnung zu entrichten.

Zahlung kann auch heute abend in der Stadthalle während der großen Pause an der Abendkasse erfolgen.

Zweiter Vortrag der sozialen Vortragsreihe.

Professor Dr. Brauer: „Die katholisch-soziale Bewegung.“ Am kommenden Freitag, dem 21. dieses Monats, 20 Uhr, findet im kleinen Saal des Hans-Sachs-Hauses der zweite Vortrag der von der Akademie für soziale Frauenarbeit beim Institut für Wirtschaft und Sozialwissenschaften der Universität Münster veranstalteten öffentlichen Vortragsreihe statt. Der bekannte Kölner Universitätsprofessor Dr. Brauer, ein hervorragender Kenner und Praktiker des sozialen Lebens, wird über „Die katholisch-soziale Bewegung“ sprechen.

Eintrittskarten zum ermäßigten Preise von einer Reichsmark sind in den bekannten Verkaufsstellen zu haben. An der Abendkasse beträgt der Preis der Karte 1,30 RM.

Theater / Musik

Zweites Kammermusik-Konzert in Buer.

Die Vortragsfolge des pianistischen Teils des Kammermusik-Konzerts in Buer brachte am Sonntag außer Händels „Großes Klavierkonzert“ und Mozarts Sonate in C-Dur noch Mendelssohns „Variations für Violine“.

Heida Hermanns (Wiesbaden) brachte diese drei Werke zum Vortrag. Sie verstand es vorzüglich, Händels bedeutendstes Klavierwerk, das ein Wunderwerk rühmlicher Virtuosität darstellt, in fröhlicher Laune, ganz im Sinne des großen Meisters, auszuführen. Wolfgang Amadeus Mozarts Sonate in C-Dur hatte im dritten Teil (Allegretto) allerdings etwas mehr Schwung haben können, während Felix Mendelssohn-Bartholdys „Variations für Violine“ eine bezaubernde Wiedergabe erfuhren.

Heida Hermanns, jung und raffia, spielen zu leben und ihrer Vortragsweise zu lauschen, ist ein reiner Genuss. Gewiß: Das Können der Künstlerin ist noch längst nicht ausgeschöpft, doch die Leistungen der Vortragsreihe, die sich aus ernstlich strebenden Musikern zusammensetzen, sind zur Genüge bekannt. Wie hellen gern fest: Die Vereinigung gab wieder ihr Bestes!

Die Bläservereinigung des Röchumer Städtischen Orchesters — J. Berg, H. Loh (Oboe), A. Fischer, B. Rod (Klarinette), C. Vogt, P. Schmidt (Horn), M. Uhlir, P. Richter (Fagott) — bot Mozarts Serenade Nr. 11, Es-Dur, und Beethovens Oktett für Blasinstrumente, Es-Dur, op. 103, ein Werk, das leider viel zu wenig in den Musikprogrammen unserer Zeit erscheint. Die Leistungen der Bläservereinigung, die sich aus ernstlich strebenden Musikern zusammensetzen, sind zur Genüge bekannt. Wie hellen gern fest: Die Vereinigung gab wieder ihr Bestes!

Die Aula des Gymnasiums war erfreulich gut besetzt; alle Ausführenden wurden lebhaft gefeiert.

Zwei Volksvorstellungen der Piscatorbühne in Gelsenkirchen.

Durch den stürmischen Ertel und den starken Widerhaß, den die Aufführung des Stückes „S 218“ (Gequälte Menschen) beim Gelsenkirchener Publikum hatte, veranlaßt — Zuende konnten keinen Einfluß mehr erhalten — veranstaltet die Piscatorbühne nochmals zwei Vorstellungen dieses erschütternden Werkes, am Donnerstag, dem 20. dieses Monats, und Freitag, dem 21. Februar, jeweils 20 Uhr, im großen Saal des Hans-Sachs-Hauses.

Um nun den weitesten Kreisen der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, diese aufregende Vorstellung zu sehen, können, finden dieselben als Volksvorstellungen zu Einzelpreisen statt. Jeder Platz kostet eine Reichsmark. Karten bei den Vertrauensleuten und den in der heutigen Ausgabe bekanntgegebenen Verkaufsstellen. Alle Näheres siehe Inserat.



ARBEITER-SPORT

Bezirksnachrichten und sonstige Mitteilungen

An alle Vereins- und Sportjugendleiter des 13. Organisationsbezirks!

Am Sonntag, dem 2. März, vormittags 10 Uhr, findet im Volkshaus in Buer eine Jugendleiterkonferenz mit folgender Tagesordnung statt:

Punkt 1: Die Jugendbewegung im 13. Bezirk. Punkt 2: Wahl eines Bezirksjugendausschusses. Punkt 3: Unser Westdeutsches in Dortmund.

Im Interesse unserer Jugendbewegung wird es jedem Jugendleiter zur Pflicht gemacht, an der Sitzung teilzunehmen. Ist der Jugendleiter durch Krankheit verhindert, so wird der Vereinsleiter um sein Erscheinen gebeten.

Der Bezirksjugendleiter: Karl Nide, Böttrop.

13. Organisationsbezirk.

Aktion, Vereinsleiter!

Die kommunikativen Spalterhauptidee geben die Anweisung heraus, daß überall dort, wo in hundestreuen Vereinen noch Mitglieder der KPD sind, und solche, die mit der KPD sympathisieren, diese sich in die Vereinsleitung wählen lassen sollen. Es kommt ihnen darauf an, auf diese Weise an das Vereinsmaterial heranzukommen. Darum die Augen auf! Besonders wichtig ist es, bei Spielabläufen mit außen-berührenden Vereinen, deren Bundeszugehörigkeit zweifelhaft ist, sofort genaue Erkundigungen bei mir einzuziehen. Wie ich zufällig erfahren habe, verfuhr zum Beispiel die Freie Sportvereinsleitung Herdingen im 13. Bezirk, Spiele zu Ostern abzuschießen. Dieser Verein ist ausgeschlossen. In dem Schreiben vom 3. Februar 1930 wird die Auflage gegeben, ein Spiel Ostern auszutragen gegen ein Reiterturnspiel zu Pflingten in Herdingen! Leider war der Zeichner des Schreibens sehr ungeschickt. Der Gruß „Rei Sport“ mochte nämlich unsere Vereinsleitung stören, und sie wußte, mit welchen Leuten sie es zu tun hatte. Ähnliche Fälle wird es noch genug geben, denn die Parole der Spalter ist bekanntlich, den sportlichen Verkehr mit den hundestreuen Vereinen unter keinen Umständen abbrechen.

Fußballvereine, auf euch sieht man es ganz besonders ab. Es scheint, daß ihr Leben nicht mehr richtig klappt, und man kommt ohne hundestreue Fußballvereine nicht mehr aus.

W. Schn.

Spielangebot: Buer-Scholven sucht für seine zweite Mannschaft, ebenfalls auch für die Jugend ein Spiel nach auswärts für den 23. Februar. Angebote gehen an den Genossen August Klink, Buer-Scholven, Strauchweg 87.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrclub „Vollkraft“, Abteilung Gelsenkirchen.

Samstag, den 23. Februar, findet in den Räumen des Lokales Th. Serres, Bülowstraße 16, unser Rappenfest mit Einführungen statt. Anfang 17 Uhr. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Reichsbanner-Schutzsport.

Schutzsport Horst-Emscher.

Horst 1 gegen Schalke 04 2:4.

Sonntag, den 15. Februar, trat die Horster Mannschaft zu einem Propagandakampf gegen die spielfreien Schalke an. Es war eine Freude, dieses anregende Spiel zu sehen. Leider litt der Horster Torwart noch an einer alten Verletzung und mußte schon nach kurzer Zeit aussteigen. Darauf wußte Schalke das erste Tor. Horst gleicht nach 5 Minuten aus. Kurz vor Halbzeit fällt das 2. Tor für Schalke. Nach der Pause wird Schalke überlegen und wirft in kurzen Abständen das 3. und 4. Tor. Horst setzt jetzt mächtig Dampf auf und drängt stark. Es gelingt dem Nachschuß, das 2. Tor zu werfen. Trotz starker Überlegenheit kann Horst kein Tor mehr anbringen. Beim Schlußpfiff stand das Spiel 4:2 für Schalke.

Horst 2 gegen Gladbeck komb. 0:2.



VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Westdeutscher Traber-Zucht- und Rennverein E. V., Gelsenkirchen.

(Gegründet 1909.)

Jahresbericht über das 21. Vereinsjahr 1929.

Am Mittwoch, dem 12. dieses Monats, hielt der Westdeutsche Traber-Zucht- und Rennverein E. V., Gelsenkirchen, im Hotel „Hans Sachs“ zu Gelsenkirchen seine diesjährige Generalversammlung ab.

Nachdem der Vorsitzende, Herr Gutschke C. Nienhausen, die Versammlung begrüßt, gedachte er mit ehrenden Worten der im verflochtenen Jahre verstorbenen Mitglieder des Vereins, besonders des Mitbegründers, langjährigen Ehren- und Vorstandsmitgliedes Herrn Rittergutsbesitzer H. Rohe (Wengede).

In Punkt 1 erstattete der Geschäftsführer, Herr H. Völsmer, den Bericht über das Geschäftsjahr 1929, aus dem an Einzelheiten folgendes erwähnenswert ist:

Das Geschäftsjahr 1929 muß, um es vorweg zu sagen, als wenig heilbringend angesehen werden.

Ausland hat gerade der Traber-Sport hier im Westen, im Zentrum der Kohlenindustrie, in einer Großstadt mit überwiegend Arbeiterbevölkerung, schwer um seine Existenz zu kämpfen.

Die Notlage sämtlicher Wirtschaftszweige, der Geldmangel, die große Anzahl der Erwerbslosen im hiesigen Bezirk haben gerade im verflochtenen Jahre sich außerordentlich nachteilig bemerkbar gemacht.

Die enorme Entwicklung des Räder-Sports nach dem Kriege, besonders die Fußballveranstaltungen unseres Stadtbezirks, die in den letzten Jahren eine große Volksstille erlangt haben, beeinträchtigen unsere pferdsportlichen Veranstaltungen sehr, zumal jedermann gezwungen ist, sich finanziell einzuschränken.

Trotz des trockenen Sommers hatten mehrere Renntage unter schlechter Witterung zu leiden. Die Wärsstage waren heiß und kalt und machten der Hoffnung, vor Beginn der Galopprennen gewinnbringende Renntage abzuhalten, binafäll.

Erfreulicherweise hat sich die Traberzucht weiter bedeutend gehoben. Die vielen Erfolge westdeutscher Traber in Hamburg und Berlin haben dies einwandfrei erwiesen. Hier sei jedoch hervorgehoben, daß viele gute westdeutsche Pferde vorwiegend auf fremden Bahnen ausgereicht werden (z. B. waren während der vierjährigen Jubiläumsfeier in Gelsenkirchen 29 westdeutsche Traber in Hamburg, darunter 11 in 14 Dreifachsiege. Insgesamt konnten drei Pferde in dieser Zeit ein Rennen gewinnen). Unfreiwillig bietet sich dort eine höhere Verdienstmöglichkeit, diese kann aber auch in Gelsenkirchen dadurch abgelehnt werden, daß dem sportfreudigen Publikum durch Teilnahme auch des besten Materials schnelle und interessante Rennen gegeben werden.

Die italienische Welle — Sie wiegte auf das weite Meer — begründet durch die Rennordnung, da im Traber-Sport entgegen den Bestimmungen im Galopp-Sport auch auf Platz ausgefahren werden muß, wurde neu eingeführt und hat sich bewährt, obgleich ein Rückgang der Plowetten festzustellen war.

Infolge des schlechten Geschäftsganges konnte die Höhe der Rennpreise gegen das Vorjahr nicht ganz beibehalten werden, trotzdem die D. V. Z. eine Preisliste von 7000 RM (im Vorjahr 5000) und der staatliche Traber-Sportfonds für ein neu-gestelltes Zuchtrennen Staatspreise von 2500 RM bewilligten.

Preis 50 Pf.

... und ist der Herd auch noch so dreckig benutze „Herdgrün“ nur achteckig

Herdgrün achteckig reinigt und poliert gleichzeitig. Der schwarze Kegel oder andere Scheuermittel sind überflüssig. Herdgrün achteckig riecht nicht. Achten Sie aber auf die achteckige Form.

Überall erhältlich.

Vertretung: Conrad Becker, Gelsenkirchen, Roonstraße 6, Telefon 236 35.

Preis 50 Pf.

Sammelt Flurnamen!

Ein wichtiges Werk der Heimatpflege.

Unsere alten Flurnamen haben eine hohe heimatkundliche Bedeutung. Sie geben uns Aufschluß über die Vergangenheit, über Kulturen, Sitten, Gebräuche, über alle möglichen Sitten und Gebräuche der Heimat. Leider geraten sie immer mehr in Vergessenheit. In der Tat, wenn man sich über sie hinsetzt, so ist es zu begreifen, daß man allüberall, in allen Westfalen, in ganz Deutschland, die Sammlung der Flurnamen in Angriff genommen hat. In Sachsen (Dresden) besteht eine Flurnamensammlung, in Bayern (München) eine Orts- und Flurnamensammlung, in Westfalen hat der Westfälische Heimatbund zur Sammlung aufgerufen. Als Quellen kommen für den Sammler in erster Linie der Volksmund, die Flurkarte, die Mutterrolle und das heimische Archiv in Frage. Die Vorarbeiten für die Sammlung sind vom Westfälischen Heimatbund, Münster, Domplatz 20, oder von dem Lehrer Karl Weiffels in Kirchhellen, der die Förderung der vorbereitenden Sammelarbeit im Kreise Redaktionsbüros übernommen hat, zu beziehen. Beide Stellen sind gern bereit, jedem Sammler mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Hier und da finden sich die ersten Flurnamensammler an der Arbeit. Aus Datteln, Witten, Marl, Pöhlum, Sunderich, Hoesheim und Sträbellen liegen bereits Meldungen vor. Trotz aller Schwierigkeiten wird sich gerade in unserem Bezirk, der auf dem Gebiete der Heimatpflege führend ist, eine reifliche Sammlung aller Flurnamen ermöglichen lassen.

In den Schacht gestürzt.

Bei Arbeiten zur Umstellung des Lampenstromes auf den elektrischen Antrieb brach auf der Zeche Julius Philipp (Bochum) plötzlich eine Bohle des Schachtaufbaues. Auf dieser befanden sich der Steiger Freund und ein Arbeiter. Der Arbeiter konnte sich bei dem Sturz noch rechtzeitig an ein Seil klammern, während der Steiger elf Meter tief in den Schachtlumpf stürzte. Freund trug einen schweren Bruch des Rückgrates davon und erlag bald den erlittenen Verletzungen.

Raubüberfall auf eine Zeitungsbotin.

Am Samstag, gegen 7 Uhr abends, wurde die Zeitungsbotin Chefrau Nina Scherp, welche sich auf dem Wege zum Verlag des Essener Anzeigers befand, um dort einfallende Gelder abzuliefern, in der Friedrichstraße, kurz vor der Schwaneckebühl, von einem unbekannten Täter von hinten auf den Kopf geschlagen. Sie sank fühlungslos zu Boden. Frau Scherp wurde von zwei bis jetzt noch unbekannten Männern aufgehoben. Bei ihrem Erwachen vermißte sie ihre Handtasche mit 119,60 RM Abonnementsgeldern.

Die Innungen und Lehrlingszuchterei.

Die Innungsausschüsse von Rhinland-Westfalen haben am Sonntag in Essen eine Konferenz abgehalten, die sich mit dem Entwurf eines Berufsschulgesetzes befaßte.

Nach einem Vortrag über die Materie und der nachfolgenden Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen: Die Konferenz der Innungsausschüsse und Fachverbände des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks nimmt mit großem Interesse Kenntnis davon, daß der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages in seiner Mehrheit den handwerklichen Tendenzen des Entwurfes nachzugehen scheint und sogar das Lehrlingswesen durch Tarifvertrag regeln lassen will. Sie gibt ihre Verbitterung darüber Ausdruck, daß es bürgerliche Parteien geben kann, die solchen Bestrebungen zustimmen.

Der Gesetzentwurf in seiner jetzigen Form widerspricht in seinen Auswirkungen dem Artikel 164 der Reichsverfassung, der besagt, daß der Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel durch Gesetzgebung und Verwaltung zu schützen ist, denn er vernichtet das Fundament der gesamten Innungsorganisation, indem er das Selbstverwaltungsrecht der Innungen auf ihrem ursprünglichen Gebiete, nämlich der Nachwuchspflege radikal beseitigt und mit einem federführenden jährlichen Aufbauplan der Innungen auf diesem Gebiete für null und nichtig erklärt. Nach dem Entwurf haben die Innungen in Zukunft nur noch Pflichten, aber keine Rechte. Das schlimmste aber ist, daß durch den Entwurf eine Bürokratisierung und Zentralisierung in der Regelung des Lehrlingswesens erfolgt, die sich verheerend auf den Schicksal der Innungen auswirken muß. Das Handwerk hat mit Aufbietung aller seiner Kräfte bisher im großen und ganzen verhalten können, daß die wichtigsten Fragen des Lehrverhältnisses durch Nachschüsse und den Tod des Tarifvertrages zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entschieden wurden. Somit jedoch diese Fragen des Lehrverhältnisses bisher tarifvertraglich geregelt wurden, sind bereits fühlbar geworden, die auf die Dauer untragbar sind. Im Maurer- und Zimmerergewerbe u. a. mochte sich bereits die Ausbildungsunfähigkeit in erschreckender Umfange geltend. Und heute schon wird nach einem Erlaß für die Meisterlehre gefordert, der angeblich in der Schule gefunden werden soll. Alle Erfahrung beweist jedoch mit hinreichender Deutlichkeit, daß auch die allerbeste Schule die Meisterlehre, die eine Lebensschule ist, niemals ersetzen kann.

Die Konferenz warnt dringend die handwerklichen Parteien, die Innungen und mittelständischen Tendenzen des Entwurfes zu fördern, und fordert von allen maßgebenden Stellen, daß sie einen Entwurf ihrer Zustimmung verweigern, der dem Handwerk und insbesondere seinem Nachwuchs unabsehbare Schäden zufügen muß.

Die Konferenz appelliert in dieser ersten Stunde an alle Organisationen des Handwerks, Innungskammern, Fachverbände, Innungsausschüsse zur gezielten Abwehr mit den schärfsten Mitteln vorzugehen, um die schlimmste Gefahr vom Handwerk abzuwenden. Sie erwartet vom sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages, daß er die Bemühungen des Handwerks, den neuzeitlichen Anforderungen der Gewerbetreibenden entgegenzukommen, durch partielle Gemeinschaftsarbeit der Meister und Gesellen, entsprechend der Lehrlingsordnung für das Tischlerhandwerk, die unter Führung des Handwerks- und Gewerbe-Innenausschusses von den westdeutschen Innungskammern, dem Rheinisch-Westfälischen Tischler-Innungsverband und dem Zentralverband Christlicher Holzarbeiter Deutschlands ausgearbeitet worden ist, würdigt. Sie fordert vom preussischen Handelsminister, daß er dieser Lehrlingsordnung, die den Vorschriften der Reichsgewerbeordnung entspricht, seine Zustimmung nicht noch länger vorenthält.

Aus der Entschließung geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Innungen sich eine Ausbildung des Lehrlings gar nicht anders vorstellen können, als in der Zuchterei bei dem Meister. Ebenso daß über die Entlohnung des Lehrlings der Meister bzw. die Innung nach dem freien Ermessen allein zu befinden habe. Diesen Standpunkt kann man sehr wohl verstehen, wenn man bedenkt, daß der Lehrling in vielen Betrieben die schönste Grundlage für eine heucheleiartige Existenz des Meisters bietet. Demgegenüber kommt es aber darauf an, daß Grundriss sein muß, dem Lehrling die Gewähr einer guten praktischen und theoretischen Ausbildung zu bieten ohne Rücksicht auf die Ausbeutungsmög-

Tagung des Westf. Provinzialausschusses.

Der neue Westfälische Provinzialausschuß trat am 13. und 14. Februar im Landhaus zu Münster zu seiner ersten Tagung zusammen, auf deren umfangreichen Tagesordnung u. a. die Wahlen zum Reichsrat, zum Provinzialrat, den Bezirksausschüssen und den verschiedenen Verwaltungsausschüssen, ferner die Durchberatung der Haushaltspläne für 1930 standen.

Zum Vertreter der Provinz Westfalen im Reichsrat wählte der Provinzialausschuß Stadtrat A. Gilling, Bochum; zu dessen Stellvertreter Bergarbeiter Dr. Ina. Ernst Brandt, Dortmund. Nach Erledigung der Wahlen zum Provinzialrat und zu den Bezirksausschüssen wurden die Wahlen zu den Ausschüssen für das Amtswesen, für die Angelegenheiten der Fürsorgeerziehung, das Kuratorium der Landesbank, den Landes-kulturausschuß und mehrere Verwaltungskommissionen vorgenommen.

Der vom Provinzialausschuß dem 76. Provinzial-Landtag zu erhaltende Bericht über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Geschäftsjahr 1928 wurde in der vorgelegten Form genehmigt.

Ebenso wurde der Finanzbericht genehmigt, in dem der Provinzialausschuß die Einnahmen und Ausgaben der Provinzialverwaltung in dem Voranschlag 1930 und die finanziellen Verhältnisse des Provinzialverbandes eingehend erläuterte. Nach diesem Voranschlag betragen die gesamten ordentlichen Ausgaben der Provinz Westfalen im Jahre 1930 nach Abzug der sogenannten Doppelkosten 74,7 Millionen RM (im Vorjahre 70,68 Millionen RM). Das Anwachsen der Gesamtausgabe, das 5,70 v. H. beträgt, hat sich gegen das Vorjahr, wo dieser Hundertsatz 11,27 v. H. betrug, erheblich verringert. Die Verringerung des Anwachsens ist nur dadurch möglich gewesen, daß mit größtem Nachdruck die Ausgaben für die sozialen Aufgaben eingeschränkt sind. Wenn trotzdem die Gesamtausgabe anwächst, so ist das im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß bei der Finanzverwaltung die Zinsenlast für die Verzinsung der Zwischenkredite sehr stark angewachsen ist und daß infolge einer weiteren Zunahme der Zahl der Kranken und Unfallspitalfälle die Ausgaben für die Volkshilfe sich erhöhen. An der Gesamtausgabe von 74,7 Millionen RM sind die einzelnen Verwaltungszweige wie folgt beteiligt: 70 v. H. aller Ausgaben entfallen auf die Volkshilfe, 20 v. H. auf die Abteilung Verkehrs- und Straßenwesen, in der der größte Betrag für die Provinzialstraßenverwaltung benötigt wird; die Abteilung Allgemeine Verwaltung bleibt unter 3 v. H.; die beiden Abteilungen Wirtschaftspflege und Kulturpflege erreichen zusammen den Satz von 3 v. H., die Kulturpflege bleibt unter 1 v. H.

Zur Deckung der ordentlichen Ausgaben steht nach dem Voranschlag ein Gesamtbetrag von 64,38 Millionen RM zur Verfügung, so daß sich ein ungedeckter Fehlbetrag von 10,32 Millionen RM ergibt. Durch Heranziehung von Rücklagen, die der Provinziallandtag auf Voranschlag der Verwaltung im Jahre 1928 vorzulegen aus den Jahren 1927 und 1928 beschließen konnte, ist es möglich, den Fehlbetrag auf 7,2 Millionen herabzubringen, so daß die Provinzialumlage wie im Vorjahre auf 7,2 Millionen RM gehalten werden kann. Die Provinzialumlage wird damit bereits im vierten Jahre gleichmäßig in derselben Höhe festgelegt. Es ist bemerkenswert, daß

hierdurch die Provinzialumlage in Westfalen, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, in den letzten Jahren stets niedriger gewesen ist als in fast allen anderen Provinzen.

Nach Durchberatung der Sonderhaushaltspläne der einzelnen Verwaltungszweige und Anhalten wurde der Haupthaushaltsplan genehmigt.

Der Provinzialausschuß erließ ferner eine Vorlage an den Provinziallandtag betreffend die Bewilligung außerordentlicher Mittel für 1930 im Gesamtbetrag von 6,93 Millionen RM. Davon sind 3,52 Millionen RM für Vollendung und Fortführung bereits im Gange befindlicher Bauarbeiten bei den Provinzialanstalten bestimmt; für ganz neue Bauarbeiten werden wegen Knappheit der Mittel keine Beiträge angefordert. 3,0 Millionen RM der außerordentlichen Mittel sind bestimmt für die Ausführung von Straßenbauarbeiten — Pflasterungen usw. — zur Anpassung der Provinzialstraßen an den neuzeitlichen Verkehr. Diese Straßenbauarbeiten ganz einzustellen und lediglich mit den Mitteln des ordentlichen Haushalts die dringlichsten Unterhaltungsarbeiten vorzunehmen, erschien bei der besonders starken Verkehrsbelastung, der die westfälischen Provinzialstraßen ausgesetzt sind, nicht möglich.

Nach Erledigung einiger Personalien, einer Vorlage zum Landtag betreffend die Änderung und Ergänzung der Reichsleibensschuttsatzung für die Provinz Westfalen, nach Genehmigung einer Satzungsänderung der Landesbank, ferner der Ruhegehaltskassen der Kreise, Städte und anderer Körperschaften der Provinz Westfalen, sowie der Westfälischen Witwen- und Waisenversorgungskasse vertrat der Provinzialausschuß über die bereits früher grundrissig genehmigte Übernahme der Patenschaft über einen Kriegerfriedhof in Frankfurt. Es soll möglichst ein Kriegerfriedhof betreut werden, auf dem die Toten westfälischer Regimenter ruhen. Die endgültige Auswahl des Kriegerfriedhofes, über den die Provinz Westfalen die Patenschaft übernehmen will, soll erfolgen, wenn die erforderlichen Unterlagen über die zur Auswahl stehenden Friedhöfe vorliegen.

Eine dem Provinzialausschuß unterbreitete Vorlage über Wohnungsfürsorge für kinderreiche Minderbemittelte soll in der nächsten Ausschusssitzung erneut zur Beratung gestellt werden.

Die vom Kuratorium der Landesbank auf Grund des ministeriellen Erlasses vorgelegten allgemeinen Bedingungen für Bauparverträge und der Grundstücke zur Organisation und Geschäftsbereich der öffentlichen Bauparwerke wurden genehmigt.

An drei Kunststätten Kunstausstellung 1930 in Gelsenkirchen wird mit einer Beihilfe von 3.500 RM unterstützt; für den Ankauf von Bildern auf dieser Ausstellung wurde ein Betrag zur Verfügung gestellt. Dem Westfälischen Heimatbund wurde zu den Kosten der Herausgabe von Literaturverzeichnissen über das westfälische Schrifttum ein Zuschuß bewilligt. Weitere Beihilfen wurden für die Erhaltung und Instandsetzung verschiedener wertvoller alter Bau- und Kunstdenkmäler beschlossen.

Nach Beschluß des Provinzialausschusses wird der Staatsregierung die Einberufung des 76. Westfälischen Provinziallandtags am Sonntag, den 30. März 1930, vorgeschlagen.

Die nächste Sitzung des Provinzialausschusses findet am 29. März 1930 statt.

Geistesknechtung in der Sowjetunion.

Der Papst für „Gewissensfreiheit“. / Die bolschewistische Inquisition.

Der im „Observatore Romano“ veröffentlichte Brief des Papstes an den Generalvikar Kardinal Basilio Pompili über die Verurteilung des bolschewistischen Terrors gegen das kirchliche Leben in Russland bedeutet an sich keine Überraschung, wenn man sich die Vorgeschichte dieses Schreibens vergegenwärtigt. Seit langer Zeit war der Vatikan bemüht, eine mildere Praxis der russischen Kirchenpolitik herbeizuführen. Parallel mit diesen Bestrebungen liefen ebenso diskrete wie interessante Verhandlungen des päpstlichen Stuhls mit dem Patriarchat der russischen orthodoxen Kirche über eine engere Fühlungnahme zwischen beiden Konfessionen. Unzweifelhaft hätten diese Bemühungen, falls sie zu einer

Art ungeschriebenen Konkordats zwischen Moskau und Rom geblieben wären, für die Sowjetunion ein beachtliches politisches Plus bedeutet. Aus welchen Gründen nun im Kreml vor etwa einem halben Jahre der sich anbahnenden Verständigung plötzlich ein Stopp gesetzt wurde, ist ein Rätsel, das die Vorgeschichte aufdeckt. Offenbar wurde diesem einmal zu Lenin's Zeiten möglich gewesen wären, entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit. Daß der Papst als Haupt der katholischen Christenheit jetzt entsprechend quittiert, das kann nicht wundernehmen, sensationell wirkt nur die Schärfe der Ullage und ihre unabweisbar beachtliche politische Reichweite. Rom ist aufs höchste erregt und schreibt in seiner Erregung sogar zu einer herben Kritik an der Anerkennungspraxis der großen Staaten gegenüber der Sowjetunion.

Der Papst führt aus, daß es besser gewesen wäre, die Anerkennung des bolschewistischen Regimes von der Anerkennung der Gewissensfreiheit, der Freiheit der Religionsübung und der Religionsfreiheit durch die Sowjets abhängig zu machen. Gewiß, es wird sich niemand heilen, auf Grund des päpstlichen Briefes eine Revision der diplomatischen Zertifikate vorzunehmen, daß aber das Schreiben Pius XI. von der katholischen Welt als ein heller Warnruf aufgefaßt werden wird, ist als sicher anzunehmen, ebenso, wie sicher ist, daß der römische Stuhl, da er sich schließend vor die archaische Schwerkraft stellt, bei dieser starken Sympathie gewandt und Hoffnungen ausgedrückt hat, die zwar der russischen Glaubwürdigkeit vielleicht nur neue Repräsentanten eintragen, den Leuten um Stalin aber bestimmt nicht sehr willkommen sein werden.

Viele werden den pläntlichen Reiz zu würdigen wissen, der darin liegt, daß das Oberhaupt der autoritären katholischen Kirche sich

so energisch für den Begriff der Gewissensfreiheit

einsetzt für diesen Begriff, mit dem gar vieles zusammenhängt, was für den eingeschorenen Katholiken bisher ein äußerlich heiliges Elfenornament ist. Aber keine ironische Annäherung wird den Sozialisten abhalten, im Kampf für die Sicherung der Gewissens- und Gewissensfreiheit sich jeder paulinischen Wandlung

lichtfertigkeit durch verantwortungslose Meister. Gewiß, wir wissen, daß es Meister gibt, die das nötige Verständnis aufbringen und bestrebt sind, die Ausbeutung ihrer Lehrlinge nach bestem Ermessen zu fördern. Aber es gibt auch andere. Und hier muß ein Regel vorgeschrieben werden.

Im übrigen müßte es das Handwerk betreffen, wenn die Lehrlingsfrage eine einheitliche Regelung erfahren soll, wie es

zu freuen und jedes Bekenntnis zu den Prinzipien der humanitären Demokratie, falls es nicht bloß Lippenbekenntnis bleibt, zu begreifen.

Die Aufhebung der Gewissens- und Gewissensfreiheit in Russland, die wilde Terrorisierung des religiösen Lebens, die völlige Preisgabe des Toleranzgedankens auf dem Gebiete des Ideologischen und die Etablierung künftigen Gewissenszwanges ist der Verlust einer Minderheit, dem Mittelalter zu einer Auferstehung zu verhelfen. Die sozialistische Arbeiterbewegung will damit nichts zu tun haben. Sie verachtet nicht zum wenigsten der

Zertrümmerung der mittelalterlichen Anschauungswelt ihre innere Befreiung und die Ermöglichung ihres politischen Aufstiegs, und sie hat keine Lust, durch eine widerliche Korruption ihrer freikirchlichen Ideemwelt sich den Weg zu weiteren Siegen verschütten zu lassen.

Es ist bedauerlich, daß bestimmte Organisationen bürgerlicher und proletarischer Färbung, die die Wahrung der Gewissens- und Gewissensfreiheit auf ihre Fahne geschrieben haben, nicht längst zum bolschewistischen Kulturkampf das Wort genommen und auf die ersten Gefahren hingewiesen haben, die sich aus jenem Radau ins Mittelalter auch für sie und ihre Ziele ergeben. Sie haben auf Rom gestarrt und dabei nicht beachtet, daß in ihrem Rücken das

System einer neuen Inquisition und die Fundamente einer neuen geistigen Zwangsburg zusammengebaut wurden. Rom erschien ihnen gefährlicher, als Moskau. Wenn irgendwo zwischen bayerischen Bierlädern ein Rißer von seinem Pfarrer scharf wurde, ließen sie brav die Zügel fliegen, wenn in Russland Tausenden von tüchtigen Gelehrten die Möglichkeit einer freien Forschung und freier Lehre genommen wurde, wenn unter dem Vorzeichen einer ästhetischen Vereinigung der öffentlichen Bibliotheken ein Index der für das russische Volk vordringenden Philosophen aufgestellt wurde, der u. a. Namen wie Plato und Kant aufwies, dann haben sie sich nicht gerührt! Der Papst in Rom verbietet Bücher? Nichts! Doch mit Verlaub: wen schiert's? Kann der Papst irgendwo in der Welt verbieten, daß ihm nicht gewisse Bücher gedruckt werden? Was ist der Katholik, der den Indexbureau proskribitorum wirklich und in allem Ernst respektiert? Was besärgt ist an Rom, ist längst an die Ketten gelegt, und die Ketten hält. Wenn in Russland die Gewissensfreiheit negiert wird, eine ungeheure Gefahr sich ausbreiten darf, und eine Vergrößerung der kulturellen Atmosphäre betrieht wird, an der der seltsame Vorwand seine Freude gehabt hätte, dann steht hinter diesem hinteren Entschluß die schleichende Finte und der hauchende Säbel. Hohe Zeit wahrlich, daß die Verbände, die das Polladium der Gewissensfreiheit hochgehalten bestrebt sind, sich gegen Moskau rühren.

Es tut nämlich weh, ihnen heute sagen zu müssen, daß ihre Passivität genutzt worden ist durch — Rom.

Friedrich Wendel.

in dem Gesetzentwurf beabsichtigt ist. Denn dadurch geschieht jedem recht. Man kann sich darum bei dem vorliegenden Vorgehen der Innungen des Einbruchs nicht erwehren, als wenn das einstige heilige Professionsgeheimnis der Zuchterei ist. Das zeigt auch die völlige abwegige Verurteilung auf die Reichsverfassung. Worauf es aber ankommt, ist die Förderung der Lehrlingsausbildung. Die muß maßgebend sein.

§ 218 und andere Sexualdinge

Sondergesetz zu § 218?

Der Zwickauer Medizinalrat Dr. Boeters, der bereits durch seinen Gesetzentwurf zur Sterilisation Minderwertiger von sich reden machte, hat jetzt den gleichgebenden Körperkassen einen weiteren Gesetzentwurf zugeleitet, der die „Regelung der Schwangerschaftsunterbrechung“ zum Ziele hat. Der Entwurf, der in einigen Fachblättern bereits diskutiert wird, fordert auch zu einer Kritik vom sozialistischen Standpunkt aus heraus. Er hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Unterbrechung von Schwangerschaften, gleichgültig, wie weit sie vorgeschritten sind, darf nur in solchen öffentlichen oder privaten Krankenanstalten vorgenommen werden, deren Ärzte hierzu ausdrücklich ermächtigt worden sind. Die Ermächtigung zur Einleitung von künstlichen Früh- und Fehlgeburten erteilen die Regierungen der einzelnen Länder unter gewissen Bedingungen und auf jederzeitigen Widerruf.

§ 2. Mit Zustimmung der Schwangeren bzw. ihres gesetzlichen Vertreters ist die künstliche Frühgeburt einzuleiten zur Abwendung einer der Mutter oder dem Kinde oder beiden drohenden, auf andere Weise nicht zu beseitigenden, ernsten Gefahr.

§ 3. Auf Verlangen der Schwangeren bzw. ihres gesetzlichen Vertreters wird die künstliche Fehlgeburt eingeleitet:

- a) als letztes Mittel der Errettung der Mutter vor dem Tode oder einer schweren Gesundheitsschädigung;
- b) bei begründetem Verdacht von Notsucht, Schandung oder Blutschande. Daß der Verdacht begründet ist, muß durch ein Zeugnis des zuständigen Untersuchungsrichters erwiesen sein;
- c) zur Verhinderung der Enttötung von Nachkommenschaft, die mit sehr üblen Erbschaften behaftet ist.

Ihr werdet keine Änderung erreichen, so lange sich nicht ein Volkssturm gegen das unfittliche Gesetz erhebt.
Adele Schreiber, M. d. R. (S.P.D.)

§ 4. Bei jedem Eingriff müssen mindestens zwei Ärzte beteiligt sein. Jeder beteiligte Arzt hat über die Veranlassung zu dem Eingriff, über dessen technische Einzelheiten sowie über den Ausgang für Mutter und Kind an den zuständigen Medizinalbeamten in doppelter Ausfertigung zu berichten. Dieser bewahrt das eine Schriftstück zehn Jahre lang auf und leitet das andere weiter an die Landesregierung.

§ 5. Eingriffe und Nachbehandlung sind für Minderbemittelte kostenlos. Soweit die Kosten für Minderbemittelte nicht von Krankenkassen gewährt werden, kommt die Staatskasse dafür auf.

§ 6. Das Recht und die Pflicht der praktischen Ärzte, Krankenhäuser und Frauenärzte, bei schon im Gange befindlichen Früh- und Fehlgeburten Hilfe zu leisten, wird durch dieses Gesetz nicht berührt.

Herr Dr. Boeters, der eine weniger sympathische Betriebsamkeit mit gewissen Verdiensten sozialer Art verbindet, hat auch in seinem neuen Vorschlag sehr brauchbare, einen Fortschritt bringende Gedanken so sehr mit fragwürdigen Reformen vermengt, daß man der Frage, ob ein solches Gesetz wirkliche Besserung bringen kann, recht skeptisch gegenüberstehen muß. Zunächst beschränkt sich Boeters völlig auf die sogenannte medizinische Indikation, d. h. er schaltet soziale Gründe, die unter Umständen und gerade bei der Proletarierin sehr stark mitreden können, völlig aus und will die Schwangerschaftsunterbrechung nur als einzelnen gesundheitlichen Grund gestattet wissen. Die mittellose Frau eines Erwerbsbeschränkten oder Erwerbslosen, der bereits die Mittel zur Aufzucht ihrer fünf bis sechs Kinder fehlen, und die mit der ganzen Familie in zwei Betten einer völlig unzulänglichen Kellerwohnung haust, wird also auch, wenn alle primitivsten Lebensbedingungen für ein weiteres Kind fehlen, weiterhin dem Gebärzwang unterliegen, wenn die Auslegung der „schweren Gesundheitsschädigung“ nicht für sie spricht. Schon das zeigt die Unzulänglichkeit des Boeterschen Planes, denn das A und O unseres Kampfes um einen Teilerfolg gegen den § 218 muß die Anrechnung der sozialen Indikation sein.

Die medizinische Indikation ist, wenn auch ohne ausdrückliche, gesetzliche Verankerung, schon heute Gewohnheitsrecht. Im Falle der Lebensgefahr ist die Schwangerschaftsunterbrechung seit langem statthaft, und es ist mit Billigung der nicht immer sehr fortschrittlich eingestellten Ärzteorganisationen und unter stillschweigender Duldung der Justiz auch Gewohnheitsrecht geworden, daß bei der Abtötung gewisser schwerer Krankheiten durch den Nacharzt die Unterbrechung der Schwangerschaft stattfinden kann. Diesem Zustand gegenüber bringt der Boetersche Gesetzentwurf lediglich die Verbesse rung, daß Eingriff und Nachbehandlung für Minderbemittelte kostenlos sein sollen. Ohne Frage wäre dies wünschenswert und ein großer Fortschritt, obschon unter Minderbemittelten gemeinhin nur Unterstützungsempfänger verstanden und die Kosten auch für den im Betriebe stehenden Arbeiter noch unerschwinglich sein werden. Aber diesem Vorteil stehen Nachteile gegenüber, die zur Vorsicht raten. Die Hereinziehung des Untersuchungsrichters ist allein schon bedenklich, wie denn überhaupt bei allen solchen Übergangsgeetzen die kritische Frage die ist, wer die Entscheidung treffen soll.

Der Boetersche Entwurf eines Sondergesetzes ist zweifellos vom besten Willen diktiert. Aber schon eine oberflächliche Untersuchung seiner Durchführbarkeit zeigt, daß der Kampf gegen den § 218 unlösbar mit dem Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung verbunden ist. Wer den Zuchthausparagrafen beseitigen will — und nur das uneingeschränkte Recht auf den eigenen Körper entspricht der Idee des Sozialismus! —, der muß auch die sozialen Vorbedingungen schaffen, um den legalisierten Abortus unter menschenwürdigen, allen zugänglichen Umständen möglich zu machen, der muß gleichzeitig den Kampf für die Möglichkeit der Verhütung der Empfängnis führen, d. h. für eine nur im Zusammenwirken von öffentlichen Sexualberatungsstellen und Krankenkassen unter staatlicher Förderung zu verwirklichte Geburtenregelung. Erst wenn wir die Staatsmacht erobern, wird auch der Leib aus den unwürdigen Fesseln der Gegenwart befreit werden können. Walter Victor.

Nützliche Zeugungs-Unfähigkeit

Sterilisation und Strafgesetz

Beträchtliches Aufsehen erregte kürzlich der Fall des Professors Schmerz, eines Grazer Chirurgen, der nach eigenem schmerzlosen Verfahren Hunderte von Männern aus dem Proletariat unfruchtbar gemacht hatte. Natürlich auf deren eigenen Wunsch, da weitere Nachkommenschaft ihnen weder aus finanziellen noch eugenischen Gründen verantwortbar zu sein schien. Meist handelte es sich um arme Familienväter mit zahlreichen Kindern, zum Teil auch um Kranke. Wie nicht anders zu erwarten, wurde Professor Schmerz, ein Sozialist und Menschenfreund, der nachweisbar ohne finanzielle Ausbeutung der Patienten die Eingriffe vollzogen hatte, von der österreichischen Klassenjustiz mit einer Geldstrafe von 15.000 Schilling wegen „leichter Körperverletzung“ für sein Wirken „belehrt“ und aus seiner Standesvereinigung ausgeschlossen.

Wie die Dinge strafrechtlich in Deutschland liegen,

darüber informiert ein Aufsatz von Oberreichsanwalt a. D. Dr. Ebner in der von Adele Schreiber herausgegebenen Zeitschrift „Mutter- und Kinderland“. Danach ist der sterilisierende Eingriff nur dann vor Strafe wegen vorläufiger rechtswidriger Körperverletzung geschützt, wenn der Eingriff aus rein medizinischen Gründen und mit Einwilligung des Patienten geschieht. In allen anderen Fällen, also im Falle der Zwangssterilisation von Minderwertigen und Verbrechern, ferner bei der Sterilisation aus sozialen oder eugenischen Gründen mit Einwilligung des Patienten, sieht der Arzt sich der Gefahr ausgesetzt.

wegen vorläufiger schwerer Körperverletzung angeklagt zu werden.

Schon vor einigen Jahren haben die sächsischen Ministerien des Innern und der Justiz einen Gesetzentwurf an das Reichsjustizministerium geleitet, nach dem die Sterilisation von Epileptikern, Geisteskranken, Anlageverbrechern usw. straflos bleiben soll, wenn die Betroffenen selbst ihre Einwilligung zu dem Eingriff geben. Unter gewissen Sicherungen soll auch die Zwangssterilisation solcher Personen im Notfall erlaubt sein. Der Entwurf lehnt sich an das nordamerikanische Vorbild, wo in einer Reihe von Staaten der Union bereits seit Jahren die Zwangssterilisation besteht. Auch in Sachsen selbst hat man bereits praktische Erfahrungen mit der Frühsterilisation von schwachsinigen Jugendlichen gemacht. Ein dem sächsischen Entwurf entsprechendes Gesetz ist im vorigen Jahre in Dänemark in Kraft getreten.

Nach dem Entwurf des neuen Strafbuchgesetzbuches,

der dem Strafrechtsausschuß des Reichstags vorliegt, wird die Bestimmung fallen, daß ein aus medizinischen Gründen zu Heilzwecken gemachter Eingriff, sofern er der Übung eines gewissenhaften Arztes entspricht, unter den Begriff der Körperverletzung fällt, einerlei, ob er mit oder ohne den Willen des Patienten gemacht worden ist. Es

wird im letzteren Falle nur noch eine Bestrafung wegen eigenmächtiger Heilbehandlung möglich sein. Danach würde also in Zukunft auch der Arzt, der gegen den Willen des Patienten oder der Patientin eine Sterilisation aus medizinischen Gründen zu Heilzwecken vornimmt, nur noch wegen eigenmächtiger Heilbehandlung zu bestrafen sein. Bei Einwilligung wird er straflos bleiben wie bisher. In einem weiteren Paragraphen ist vorgesehen, daß auch ein Eingriff, der nicht aus medizinischen Gründen notwendig ist, straflos bleibt, wenn der Patient einwilligt und der Eingriff nicht gegen die guten Sitten verstößt. Man wollte damit den Ärzten die Möglichkeit geben, arme, leidende Menschen vor der ihnen zur Qual gewordenen Zeugungs- und Gebärfähigkeit zu befreien, dagegen den Mißbrauch der straffreien Sterilisation durch gemüßlichte Lebendamen und Lebemannern verhindern. Dieser Paragraph ist jedoch, weil offenbar zu vernünftig und dem kapitalistischen Klasseninteresse widersprechend, in erster Lesung gestrichen worden. Bleibt der Ausschluß bei seiner reaktionären Stellungnahme, so werden die betreffenden Parteien sich vor dem Reichstagsplenum und damit

vor der Volksgemeinschaft zu verantworten haben.

Im übrigen scheint Oberreichsanwalt Ebner den Einfluß des positiven Rechts auf den tatsächlichen Lauf der Dinge zu überschätzen. Wo kein Kläger ist, da ist kein Richter. Wer sich heute aus irgendwelchen Gründen den Eingriff stillschweigend machen läßt, der bleibt durch den Staatsanwalt unbehehrt. Er zahlt nur dem Arzt, ganz entsprechend dem Abtreibungseingriff, noch eine Risikoprämie für alle Fälle darauf. Aber auch unmittelbar unter den Augen des Gesetzes, nämlich im städtischen Krankenhaus zu Frankfurt a. M., werden auf Initiative des Bundes für Mutterschutz und seiner verdienstvollen Mitarbeiterin, der Stadtdiätin Dr. Hertha Riese, geplante, mit Kinderlegen hinreichend versorgte Proletarierfrauen sterilisiert, ohne daß die Justiz bisher das Rechtsamt ihrer Gebärfähigkeit, auf das sie selbst durchaus keinen Wert mehr legen, zu schützen sich gemüßigt fühlt.

Sterilisierte Personen behalten ihre geschlechtliche Empfindungsfähigkeit im vollen Umfange.

Der Eingriff ist bei den Männern leichter und ungefährlicher als bei den Frauen. Die Männer sind also in der Lage, der Frau die Lasten und Schmerzen der Fortpflanzungsfunktionen und was damit zusammenhängt, wenigstens in diesem einen Punkte abzunehmen. Außerdem hat die auf Männer angewandte Methode des Professor Schmerz den großen Vorzug, daß der Eingriff wieder rückgängig zu machen ist und die Wiedergutmachung etwaiger Fehler oder die Anpassung an geänderte Verhältnisse jederzeit möglich ist. Grundfalsch wäre zu den auch von Ebner geteilten Bedenken gegen die Zwangssterilisation zu sagen, daß bei der Unfähigkeit unserer Erblichkeitsforschung zwar einzelne Mißgriffe möglich sind, daß aber u. U. ein nichtgezeugter Normaler tausend nichtgezeugte Minderwertige mehr als aufwiegt.

Hedwig Schwarz.

„Mangelhaft bekleidete Frauen“

Schützen Sie mein Geschlechtsgefühl, Herr Staatsanwalt!

„Der Kassenarzt“ bringt die folgende Glosse:

Endlich geschieht was für unser Geschlechtsgefühl! Bisher war es aufs ärgste gefährdet, kein Polizist, kein Staatsanwalt, kein Geheißgeber nahm sich seiner an, keine Anklage blieb uns erspart. Es war so schrecklich unangenehm man blieb vor einem Schaufenster stehen, harmlos und ohne böse Absicht — und da sah man wider Willen die Photographien der hübschesten Frauen, „mangelhaft bekleidet“, wie unser Kassenarzt das schlichte Wort „nubis“ überleitet. (Da gab es in dem für Gymnasialkinder bearbeiteten Cezar oder Vivius oder Curtius Rufus eine Stelle, in der von nackten Menschen die Rede war; immer, wenn eine Klasse zu dieser Stelle kam, sagte der wackere Kassenarzt: „Den nächsten Absatz werde ich selber überlegen, er ist zu schwierig für die Jungfrauen!“ Und dann erläutern wir zu unserem Vergnügen daß die Leute nicht nackt, sondern mangelhaft bekleidet waren — und selbst das bestimmte den biedereren Jugendzögler so sehr, daß er unter dem Bolckart lautstark erörtere.) Im Schaufenster also sahen wir die Photographien mangelhaft bekleideter Frauen, was uns auf die wunderliche Vermutung brachte, so was könne es auch in der Wirklichkeit geben. Wir wurden geradezu von solchen Bildern verfolgt: wenn wir bei einem Kiosk eine Zeitung kauften, wenn wir im Kaffeehaus saßen und in Zeitungsblättern blätterten, wenn wir durch die von Plakaten durcheinandergeworfenen Straßen gingen — immer und überall sahen wir diese Frauen. Das arme Geschlechtsgefühl wurde unterbrochen beunruhigt, aus dem Hinterhalt überfallen und schamlos irregeführt: denn diese hübschen Frauen machten oftmals gar nicht für ihren Körper, sondern für irgendeine Seite oder einen Photographenapparat Reflektoren und provozierten das Geschlechtsgefühl nur, um eine Waise an den Mann zu bringen.

Eines allerdings trübt mich dabei: daß der Staatsanwalt eigentlich nur die Jugendlichen schützen will und für mich und meine Altersgenossen wenig Interesse zeigt. Die Konstitution der Frauenalte kommt ja auch uns zu Gute — jedoch mit solchen Oberflächlichkeiten allein wird das Geschlechtsgefühl allzu mangelhaft geschützt. Leider hat uns, als wir Buben waren, kein Staatsanwalt behütet — und so hat sich unser Geschlechtsgefühl derart entwickelt daß man es heute nur mit wirklich radikalen Maßnahmen schützen kann. Ich fürchte nun, daß es der neuen Jugend ebenso gehen wird, wenn sich der Staatsanwalt damit begnügt, einige Frauenalte in Straßstraßen zu verewandeln. Schen Sie, Herr Staatsanwalt, als wir Knaben waren, gab es viel weniger Nacktheit; aber wir haben sie gar nicht gebraucht, um unser Geschlechtsgefühl zu entdecken. Ich will daher Ihrer Erinnerung ein wenig zu Hilfe kommen und Ihnen erzählen, wie Sie und ich, so wenig wir einander sonst ähnlich sein mögen, auf unser Geschlechtsgefühl gekommen sind.

Ich — und hoffen wir es, auch Sie, mein unbekannter Beschützer — bin als Bub zur Beichte gekommen. Ich — und hoffen wir es, auch Sie, mein unbekannter Beschützer — war so gewissenhaft und so unerfahren, alle Sünden, die der Beichtpfleger aufzählte und die uns zum Teil höchst rätselhaft waren, zu beichten. Ich habe den ganzen Beichtpfleger vorgelesen und bin dabei auch zur Unkeuschheit gekommen; da ist mir nun eingefallen, daß ich meinen Bruder tags vorher in den Bogen gewinkt hatte — und wenn das nicht Unkeuschheit war, was denn sollte es sein? Der Beichtvater fragte mich: „So hast Unkeuschheit getrieben?“ In Gedanken, Worten oder Werken? „Worauf ich, eingebend des gewöhnlichen Popos, schuldbewußt erwiderte: „Vor allem in Werken.“ Ich will nun, das Schmutz- und Schundgesetz gleichgültig, nicht

wiederholen, was alles der Geistliche hinter dem Guckloch mich fragte; jedenfalls verließ ich den Beichtstuhl vollkommen aufgefährt, und mit einer Gebrauchsanweisung für allerhand Unkeuschheiten versehen. Weiß Gott, wir haben keine Photographien gebraucht, um unser „Geschlechtsgefühl“ bewußt zu werden.

Wir hätten allerdings auch die Beichte nicht gebraucht, weder Sie, mein unbekannter Beschützer, noch ich. Wir haben uns auf eigene Faust, viel früher, als irgendwer ahnte, alles Wissenswerte zusammengekauft, aus Kisteinrichtungen und aus dem Lexikon, aus Gesprächsbrocken und aufgeschnappten Anmerkungen — und als unser Vater uns offiziell „aufklärte“, teilte er uns nur ein Bierlein vom dem mit, was wir schon längst erfahren hatten. Und dabei sind wir beide doch mohlherzogene Bürgerkinder gemeldet und haben nicht in einem Zimmer mit den Ermahnten, in einem Bett mit Bruder und Schwester geschlafen, wie das bei Proletarierkindern vorkommen soll, für die nun auch einmal die Fürsorgeeinrichtung der Behörden eingeleitet hat. Wir haben keine Photographien gebraucht, obwohl wir mohlherzogene Bürgerkinder waren; wir haben uns mit dreizehn, vierzehn Jahren verliebt und uns allerhand Gedanken gemacht, die wir für uns behalten wollten. Wir haben auch allerhand Gespräche geführt und allerhand Unfug getrieben — was mir alles für uns behalten wollen. Trotzdem sind Sie ein Staatsanwalt geworden, ich freilich bin nur ein sozialdemokratischer Schriftsteller, worin meine Professoren liegen: „Wir haben uns immer gedacht, daß er auf Abwege kommen wird.“ Sie dürfen sich also nicht mehr an alles erinnern, ich aber darf: wir haben manchmal die Bilder nackter Menschen gesehen — war das für Ihr Geschlechtsgefühl katastrophal? Ich will es nicht glauben. Mich haben diese Bilder sehr wenig aufgeregt, viel weniger als die lebenden Mädchen, die ich sah und die doch damals gar nicht mangelhaft, sondern sehr ausgiebig bekleidet waren.

Und warum soll jetzt das Geschlechtsgefühl mit solcher Sorgfalt geschützt werden? So eine Frauenphotographie mag ja recht verführerisch sein — aber für einen jungen Proletarier gewiß nicht so verführerisch wie ein Schaufenster, in dem sich die delikatesten Lebensmittel türmen, für eine junge Proletarierin gewiß nicht so verführerisch wie ein Schaufenster, in dem schöne Kleider und Schuhe ausgestellt sind. „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral!“ Das Geschlechtsgefühl ist ebenso natürlich wie das Hungergefühl, allerdings wesentlich annehmbarer. Nur, daß das Hungergefühl sich befriedigen ließe; freilich nicht durch ein Verbot, „aufreißende“ Lebensmittel in Schaufenstern aufzustellen und lockende Menüs zu veröffentlichen. Aber Leute, die die Photographien konstatieren, um das Geschlechtsgefühl zu unterdrücken, können ja auch einmal auf die Idee kommen, gegen das Hungergefühl einen ähnlichen Vorstoß zu unternehmen.

Lassen Sie sich in Ihrer Tätigkeit nicht hören Herr Staatsanwalt! Kämpfen Sie gegen Photographien! Kämpfen Sie gegen Bilder! Kämpfen Sie gegen Statuen! Kämpfen Sie gegen den Unfug des Adens und der Beine! Das alles ist nicht mehr auszuhalten! Wenn Sie für unser Geschlechtsgefühl nichts tun — ja, dann sind wir verloren. Verboten Sie das Tragen des Strahlenbogens, das Spazierengehen — ich schmeiße Ihnen das alles kann das Geschlechtsgefühl tödlich und fürchterlich regnen! Bisher mar dieses Gefühl nicht unterzogen — besonders bei jungen Menschen nicht; vielleicht weil es Ihnen im Namen Ungeachteter bitte ich Sie: Herr Staatsanwalt, schützen Sie mein Geschlechtsgefühl! Ernst Fischer.

Wirtschaft und Gewerkschaft

Um die Siebenstundenschicht im Bergbau

Eine Warnung des Bergarbeiterverbandes an Regierung und Unternehmer

„Die Siebenstundenschicht ist keine Utopie“

Das offizielle Organ des Deutschen Bergarbeiterverbandes, die „Bergbauindustrie“, veröffentlicht bemerkenswerte Ausführungen zu der Aktion über die Siebenstundenschicht, die in eine Warnung an Regierung und Unternehmer ausklingen. In diesen Ausführungen heißt es:

„Mit dem Ruf nach der Siebenstundenschicht verlangen die Bergarbeiter nicht nur Einlösung des Wochens, den man ihnen im Vorjahr 1923 ausgestellt hat, sondern die technische Entwicklung, die der Bergbau seitdem zu verzeichnen hat, macht im gesundheitlichen Interesse die Verkürzung der Arbeitszeit zu einer dringenden Notwendigkeit. Alle diejenigen, die dieses Argument anzuwenden, mögen einmal Gelegenheit nehmen, die ohrenbetäubende Arbeit des Bergmanns in einem Schichtbetrieb während einer Förderschicht kennenzulernen. Vielleicht befehlen sie sich dann zu einer anderen Auffassung.“

Statt einer Verkürzung der Arbeitszeit propagiert man Gedanken, die das Gegenteil erreichen sollen. Zwischen dem preußischen Handelsminister, der von einer „Behauptung im internationalen Wettbewerbs“ spricht, und der „Beram-Stat.“, die von dem schwer um den Absatz ringenden Bergbau erzählt, ist bei genauer Betrachtung also eine Geistesverwandtschaft festzustellen, deren Merkmal darin besteht, das man im Hinblick auf die Marktverhältnisse einen strikten Absatzkampf befürwortet, was einer Ablehnung jeder sozialpolitischen Belastung und damit auch einer Ablehnung der Forderung nach verkürzter Arbeitszeit gleichkommt. Diese wirtschaftspolitische Weisheit und eigenartige Stellungnahme sind nicht neu. Aber dieser Grundsatz, zu Ende gedacht, führt zu der Situation, wie wir sie 1927 in England vom Standpunkt der Bergarbeiter aufzuweisen hatten: man hat im Lande und auf dem Weltmarkt viel Kosten und trotzdem sollen die Bergarbeiter länger arbeiten. Die englischen Unternehmer haben damals die Arbeitszeit verlängert, ohne dadurch in der Zwischenzeit eine erhebliche Stärkung ihrer Stellung auf dem Weltmarkt erreicht zu haben. Dessen ungeachtet, glauben gewisse Kreise in Deutschland, eine ähnliche ruinöse Wirtschaftspolitik betreiben zu können. Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit wird dabei über den bezüglichen und nationalen Rahmen hinaus zu einem internationalen Problem geknüpft. Anstatt daß man aber einen internationalen friedlichen Ausgleich sucht, glaubt man in jedem Land, auf Kosten der Bergarbeiter den Wettbewerb in verschärfter Weise durchführen zu müssen. Siebenstundenschicht ist eine Utopie! Daß auch die deutschen Unternehmer diesen Standpunkt praktisch vertreten, geht daraus hervor, daß ihr Vertreter in Genf mit den Arbeitgebervertretern der übrigen Staaten gegen die Formulierung eines internationalen Arbeitszeitabkommens stimmte. Die europäischen (nicht nur die deutschen) Bergarbeiter werden gegenüber dieser Haltung der Unternehmer energig Front machen müssen. Insbesondere die freigeordneten Bergarbeiter in Europa werden im Gegensatz zu rückwärtigen privatkapitalistischen Ideologien und gegenüber unheilvollen Rezepten gewisser Staatsmänner

und reaktionärer Regierungen der Welt zu beweisen haben, ob die Forderungen der Bergarbeiterinternationale eine Utopie oder elementare und unveräußerliche Lebensrechte der Bergarbeiter sind. Nachdem es auf Grund des abnehmenden Unternehmerstandpunktes und der antisozialen Stellungnahme verschiedener Regierungen bei der Vorbereitenden Technischen Konferenz in Genf unter der Leitung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf zu einem präzisen Vorschlag betreffend die Dauer der bergmännischen Arbeitszeit nicht kommen konnte, werden bis zur Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes die Bergarbeiter einen erhöhten Druck auf die Regierungen ihrer Länder ausüben müssen, denn nicht nur die deutschen, sondern die europäischen Machthaber sind der Arbeiterschaft, insbesondere aber der Bergarbeiterschaft, zur Einlösung eines wichtigen Versprechens verpflichtet. Dieses Versprechen ist festgelegt im Teil 8 Abschnitt 1 des Versailler Friedensvertrages. Dort heißt es u. a.:

„Da ein Frieden nur auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit aufgebaut werden kann, da ferner Arbeitsbedingungen bestehen, die für eine so große Zahl von Menschen mit soviel Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrungen verbunden sind, daß eine den Weltfrieden und die Weltfriede gefährdende Unzufriedenheit entsteht, und da eine Verbesserung dieser Bedingungen z. B. hinsichtlich der Regelung der Arbeitszeit, der Verkürzung der Arbeitslosigkeit usw. dringend erforderlich ist, da endlich die Rücknahme einer wirklichen menschlichen Arbeitsordnung durch irgendeine Regierung die Bemühungen der anderen, auf die Verbesserung des Loses der Arbeiter in ihrem eigenen Lande bedrohten Nationen hemmt, haben die hohen vertragsschließenden Teile folgendes vereinbart: Es wird ein ständiger Verband gegründet, der zur Verwirklichung des dargelegten Planes berufen ist.“

Unter diesem Verband haben wir das Internationale Arbeitsamt in Genf zu verstehen, dessen Anhänger nunmehr nach zehnjährigem Bestehen den Beweis zu liefern haben, daß die Grundgedanken auch wirklich in die Tat umgesetzt werden.

Die Arbeitszeitpolitik in den einzelnen westeuropäischen Staaten und die chronische Arbeitslosigkeit in Europa lassen endlich eine großzügige Gestaltung in vorstehendem Sinne als dringlich erwünscht erscheinen. Wenn aber irgendeine Wirtschaftszweig in diesem Sinne als Ausgangspunkt für eine großzügige internationale Regelung dienen soll, dann ist es der Bergbau.

Zusammenfassend sei deshalb gesagt: Wenn die deutschen Unternehmer auf die erneute Forderung unseres Verbandes nach Einführung der Siebenstundenschicht ihre Ablehnung durch einen Hinweis auf die internationalen Wettbewerbsverhältnisse begründen, dann ist damit die Frage der Siebenstundenschicht für die Bergarbeiter nicht abgetan. Was auf nationalem Gebiet allein nicht erreicht werden kann, muß in internationalem Maßstab verwirklicht werden. Versäumen aber dabei maßgebende Unternehmer und Regierungskreise, dem Bergmann Recht zu schaffen, dann mögen sie sich nicht wundern, wenn eines Tages die Geduld der „Utopisten“ ein Ende erreicht hat. Die Siebenstundenschicht ist keine Utopie.“

Starre Front Zum Geldäftsbericht der Arbeitgebervereinigung

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat ihren Geschäftsbericht für den Zeitraum von 1927—1929 veröffentlicht. Er bringt Kenntnisse und Erkenntnisse. Eine Fülle wertvoller Materialien über die Entwicklung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sowie über die Lohn- und sozialpolitische Bewegung im In- und Ausland wird in dem stattlichen Band des Berichtes, der mehr als 400 Seiten umfaßt, mitgeteilt. Der Wert der Chronik, der für die soziale Entwicklung der Periode von 1927—1929 wichtigen Ereignisse liegt jedoch mehr in der allgemeinen Orientierung des Lesers als in der Aufhellung des Standpunktes der Vereinigung gegenüber den großen Lohn- und sozialpolitischen Streitfragen der letzten Jahre wie z. B. der Frage des Schlichtungswesens, der Arbeitslosenversicherung, der Reform der Arbeitsaufsicht usw. Das Ganze ist meist ein Wegweiser durch die Vergangenheit als ein Pfadfinder zu neuen Ufern. Auch die Erkenntnisse der Vereinigung, die in der Einleitung zum Bericht und in seiner Schlussbetrachtung niedergelegt sind, bringen keine neuen Gedankenansätze, sondern höchstens einige neue Töne, die aber nur sehr schwüchlich und zurückhaltend angeschlagen werden.

Wieder einmal hört man zunächst die alte Klage, daß eigentlich die Arbeiter an der Arbeitslosigkeit schuld sind, weil sie durch ihre Lohn- und Sozialpolitik die Arbeitgeber zu einem überlasteten Rationalisierungs- und gezwungen hätten. Elegisch klingt es aus der Einleitung des Geschäftsberichtes: Man könne heute rückblickend sehr begründete Zweifel darüber haben, ob nicht die durch die Überlastung der Wirtschaft erzwungene Rationalisierung in unserer Kapitalarmen, aber an menschlicher Arbeitskraft überreichen Wirtschaft sich in zu schnellerem Tempo und zu großer Ausdehnung vollzogen hat. Wieder einmal die Fabel vom Wolf und Lamm, zu viel und zu schnelle Rationalisierung? Technisierung und Rationalisierung sind eine Weltbewegung. England hinkt in dieser Beziehung sehr nach und trotzdem hat es eine Massenarbeitslosigkeit. Amerika marschiert in der Rationalisierung an der Spitze und hat keine Sozialpolitik nach europäischem Muster. Technisierung und Rationalisierung lassen sich nicht aufhalten. Moralisch und notwendig ist jedoch die Sicherung der Existenz der Arbeitstrait. Die glänzende technische Apparatur allein — das hat erst vor einiger Tagen Hufemann auf der Reichskonferenz der Bergarbeiter nachdrücklich hervorgehoben — ist noch kein Fortschritt. Hauptsache ist, daß die Menschen Brot haben. Und eben deswegen ist im Zeitalter der Rationalisierung in einem Land wie Deutschland, in dem gottseidant der Arbeiter im Vergleich zu früher immerhin eine achtunggebietende Stellung erobert haben, der „Primat der Sozialpolitik“, über den die Vereinigung sagt, nur eine Selbstverständlichkeit. Die Vereinigung meint es habe in Laufe der letzten Jahre vor allem an der

Homogenität der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik gefehlt. Das klingt sehr geistreich, aber wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit? Auch die Sozialpolitik der Arbeiterschaft können rechnen. Auch wenn sie allein regieren würden, müßten sie rechnen. Man kann jedoch auf verschiedene Weise sparen, und in einem Staat, in dem die Arbeiterschaft nur ein Stück der Macht besitzt, wird weniger für als an sozialpolitischen Ausgaben ausbart. Nicht der große Kampf um die Sicherung der Existenz des arbeitenden Menschen bedroht die Wirtschaft. Wenn kleinere und mittlere Betriebe im Gewerbe und im Handel dem Absterbeprozess verfallen sind, dann sind dafür ganz andere Gründe ausschlaggebend. Tiefe, rein wirtschaftliche und technische Ursachen sind die treibenden Kräfte der Konzentrationsbewegung in der Industrie, und die Schwierigkeiten der Landwirtschaft stammen ebenfalls gewiß nicht von zu hohen Löhnen oder von einem Zubiel an Sozialpolitik.

Die Welt ändert sich, auch wenn es die Arbeitgebervereinigung nicht sieht. Für die moderne arbeitende Menschheit ist es ein unerträgliches Gedank, ewig ein Spielball der Irrationalität, der Schwankungen in der Wirtschaft zu sein, obwohl Mittel und Wege bereits vorhanden sind, um wenigstens die Grundbedingungen der menschlichen Existenz einigermaßen zu sichern und zu festigen. Sie will Plan und Vernunft in die Wirtschaft bringen. Die Vereinigung erklärt in ihrer Schlussbetrachtung zum Geschäftsbericht, es liege auf der Hand, daß eine Planwirtschaft durch die mit ihr verbundene Zentralisierung der Verfügung über Wirtschaftsgüter und -werte gerade am ausgeprägtesten die wirtschaftliche Oligarchie mit sich bringen müßte, die man heute dem Kapitalismus vorwerfe. Ein Blick auf die Lage in Rußland sage über alles dies mehr als jede Auseinandersetzung. Dieser Hinweis auf Rußland ist reichlich ungeheuerlich; denn die deutsche Arbeiterschaft lehnt in ihrer übergroßen Mehrheit das bolschewistische Experiment ab, weil sie weiß, daß eine Entwicklung nicht kommandiert werden kann, weil sie weiß, daß die Bolschewisten eben so wenig wie Peter der Große in Rußland die geschichtliche Entwicklung überprüften können. Die Planwirtschaft ist nicht irgendein in sich ausgearbeitetes System, auf das die Arbeiterschaft blindlings zu marschieren, sondern eine Bewegung, die immer wieder gerade aus der Sozialpolitik und der Menschenökonomie heraus neuen Antrieb und neue Orientierung erhält. Die Sicherung der Existenz des arbeitenden Menschen und des Arbeitslosen ist ein Stück des Fundaments der kommenden Planwirtschaft. Hier handelt es sich um die Errichtung eines Damms zum Schutz gegen Fluten und Sturmfluten der unbekannten See der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung, die selbstverständlich nicht an die Kette gefesselt werden kann. Die Ver-

einigung meint, gewisse planwirtschaftliche Züge in der Regulierung des Arbeitsmarktes oder in der Wirtschaftspolitik des Staates, z. B. in der Zoll- und Handelspolitik, berühren nicht die Wirtschaftsform. Diese sei nie auf dem Wege der Finanzwirtschaft umzugestalten, da ein bürokratischer Organismus nie die Anpassungsfähigkeit besitze, wie ein Durchschnittsbetrieb des kapitalistischen Systems. Die innere Einstellung bei einem Beamten sei ganz anders wie bei einem Unternehmer. Die Vereinigung weiß also noch nicht, daß ein Wirtschafts- und Betriebsleiter in der Planwirtschaft ein neues Organ, einen neuen Typus des wirtschaftenden Menschen darstellt, der weder Beamter noch Unternehmer alten Schlages ist. Neuen Wein gießt man in neue Schläuche. Die kommende Wirtschaft schafft sich aus eigenem heraus neue Organe.

Die Vereinigung hat, wie ihr Geschäftsbericht zeigt, aus den Sozialkämpfen der letzten Jahre nichts gelernt. Starr und unbeweglich steht ihre Front. Für die Arbeiterschaft eine Warnung. Sie steht einem noch immer unversöhnlichen Geauer gegenüber.

Vom Bergbau

Bergarbeiterentlassungen auf Zeche „Brasseri“ der Rheinischen Stahlwerke

Es wird uns gemeldet: Der anhaltende Absatzmangel zwingt die Zeche des hiesigen Bezirks zu neuen Abbaumaßnahmen. Die Zeche „Brasseri“ der Rheinischen Stahlwerke in Marl hat, nachdem bereits mehrere Förderschichten eingelegt worden waren, nunmehr 49 Arbeitern zum 28. Februar gekündigt. Die Verwaltung sieht vor, die Förderung um 300 Tonnen einzuschränken, was für die Schachtanlage einen Abbau von 250 Mann bedeuten würde.

Auf den Zechen „Walbur“ und „Leopold“ ist zum 23. Febr. 78 Bergarbeiter gekündigt worden. In dem Kündigungsantrag heißt es, daß voraussichtlich noch weitere Entlassungen nötig sein werden.

Gewerkschaftsamt, Hörde

Das Oberlandesgericht Hamm hat einen Vertreter für die Genussscheine der aufgewerteten Anleihe der Gewerkschaftsamt (Rheinische Stahlwerke) von 1911 bestellt. Dieser soll ein Verfahren darüber einleiten, ob eine dem § 40 des Aufw. Ges. widersprechende Verwendung des Reingewinns stattgefunden hat.

11 Millionen-Anleihe der Stadt Wiesbaden

Die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung hat die Aufnahme einer Anleihe von 11 Millionen RM. zur Deckung des außerordentlichen Etats genehmigt. Diese 11 Mill. RM. sollen verwendet werden in erster Linie für produktive Anlagen. Es sind allein für den Ausbau des Elektrizitätswerkes, des Gas- und Wasserwerks 4 Mill. RM. vorgesehen. Für Straßenbauten und Grunderwerb sollen 2 Mill. RM. verwendet werden. Das übrige entfällt auf den allgemeinen Etat.

42000 Sack Kaffee ins Meer versenkt

In der letzten Woche hat das brasilianische Kaffee-Verteilungsinstitut, eine Privatgesellschaft zur Hochhaltung der Kaffeepreise, 42000 Sack Kaffee in den Atlantischen Ozean werfen lassen. Als Begründung wird angegeben, daß die Ware verdorben war und sich nicht mehr zur menschlichen Nahrung eignete. Wir haben allen Grund, anzunehmen, daß diese Erklärung nicht stichhaltig ist und daß man diese Kaffeevorräte durch Versenkung ins Meer hat verschwinden lassen, um den Preisdruck zu verringern.

Aus den Geldäftsberichten

Peipers & Co., A.-G., Siegen

Der Aufsichtsrat schlägt der am 14. März stattfindenden G. V. für das Geschäftsjahr 1929 wieder 7 Prozent Dividende aus einem Reingewinn von 202.898 RM. vor.

„Gepag“ Großeinlaufs- und Produktions-A.-G. deutscher Konsumvereine, Köln

Aufsichtsrat und Vorstand hielten ihre erste diesjährige Vollversammlung ab. Der Umsatz stieg 1929 gegenüber 1928 um 18,1 Prozent auf 72,5 Mill. RM. und hat sich seit 1924 verdreifacht. In den eigenen Produktionsbetrieben wurden für 10 Mill. RM. Waren hergestellt. Die vom Aufsichtsrat geprüfte und genehmigte Bilanz, die der Generalversammlung vorgelegt wird, zeigt Abschreibungen in Höhe von 572.000 RM., offene Reserven im Betrage von 1.200.000 RM. und einen Uberschuß von 591.000 RM., von denen 100.000 RM. für Dividende verwendet werden und der Rest den Reserven zufließen wird. Trotz der großen Umsatzeinbußen haben sich die Warenbestände gegenüber 1928 nicht erhöht. Die eigene Bankabteilung hat sich auf entwickelt.

Oberdeutsche Eisenbahnbedarf-A.-G., Gleiwitz

Die Gesellschaft weist Gesamtergebnisse von 2.07 (i. V. 2.07) Mill. RM. auf. Der Reingewinn beträgt 1,39 Mill. RM. (1.09), aus dem 6 Prozent Dividende (5 Prozent) verteilt werden.

Vergleich beim katholischen Volksvereinsverlag

Der vom Volksvereinsverlag, Glatbach-Rheindt, angestrebte gerichtliche Vergleich wegen einer Zahlungsstundung auf zwei Monate ist jetzt zu Stande gekommen.

Bankrott in Chemnitz

Ueber das Vermögen der Kommanditgesellschaft Ditt & Co., Bankgeschäft Chemnitz, ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Status liegt noch nicht vor. Den bedeutenden Verbindlichkeiten sollen nur geringe Aktiven gegenüberstehen.

Unterhaltung und Wissen

Kontinentalexpreß durchbrauft in drei Tagen Amerikas Prärie Vom Mississippi nach Chicago

Zahrt durchs mittlere Amerika

Hinter mir liegt der weite amerikanische Westen, das Land der Farmer und Viehzüchter, das mit dem rein industriellen Osten immer mehr in politische Differenzen gerät. Es ist der alte Gegensatz des Ozeans bemerkbar. Wie bei uns spielen auch hier die Interessen der Stadt und der Land, der sich heute auch jenseits des Ozeans bemerkbar macht. Die große Masse der Farmer zusammen mit den unzufriedenen Elementen der Arbeiterklasse der Regierung, die vor allen Dingen der industriellen Prosperität das Wort redet, eines schönen Tages gefährlich werden könnte, so hat sich Präsident Hoover angefangen, die schlechten Ernte des letzten Herbstes genötigt gesehen, weitgehende Konzeptionen an die Landwirtschaft zu machen und ihr mit zahlreichen Unterstützungen unter die Arme zu greifen.

Der Kontinentalexpreß durchbrauft in drei Tagen und Nächten die grandiosen Berge der Rocky Mountains und die unendliche Ebene der Prärie. Trotzdem ist es noch so lange, immer das gleiche Bild der Landschaft, die gleichen kleinen Stationen, die unübersehbaren Felder und die großen Farmhäuser. Selbst die spannendsten amerikanischen Detektivgeschichten werden langweilig, und nur die paar Mitreisenden geben etwas Abwechslung. Da ist der Reisende einer großen Getreidefirma in Chicago, der dauernd mit Notizenbuch und Bleistift dastand und mir im Vertrauen erzählte, daß man trotz der knappen Ernte dieses Jahr wohl ein gutes Geschäft machen werde. Die Farmer brauchen dringend Geld, um ihre Böden und Maschinen auf Maschinen usw. zu bezahlen, die meistens nach der Ernte billig sind. Sie müssen also ihren Weizen schon jetzt zu dem noch billigen Preise verkaufen. Die Gesellschaft aber speichert ihn in ihren riesigen Elevatoren auf und hofft, daß im Frühjahr eine allgemeine Knappheit eintreten wird, um dann dieses, besonders für die ärmeren Schichten notwendige Lebensprodukt mit ungeheuren Gewinnen zu verkaufen. Es ist die alte Spekulation auf das kapitalistische Verteilungssystem, das durch Angebot und Nachfrage, die künstlich beeinflusst werden, aber nicht durch die wirklichen Bedürfnisse reguliert wird.

Die ersten größeren Städte sind die Zwillingstädte Minneapolis und St. Paul im Staate Minnesota. Es sind die ersten Vorposten des Ostens nach dem fernen Westen. Umklag der Ackerbauprodukte und andererseits riesige Warenverhandlungen, die den weit entfernten Farmer mit allen Gebrauchsgegenständen, vom Pferdeattel bis zum fertigen Auto, versorgen, bilden die Haupterwerbszweige dieser mittleren Städte am oberen Mississippi. Von hier aus sehe ich meine Reise im Automobil fort und habe eine herrliche Fahrt durch die Schönheiten des Mississippialles nach Milwaukee und dann am Michigan Lake entlang nach Chicago. Die Straßen sind ausgezeichnet. Auf dem glatten Asphalt erreicht der Wagen oft Geschwindigkeiten von 80 bis 90 Kilometer. Vorbei sind die ewig langen, wie mit dem Lineal gezogenen, geraden Straßen der Ebene, die oft 30, 40 Kilometer ohne Abzweigung haben. In fernen Bogen und Serpentinien schlängelt sich der Weg bald am Fluße entlang, um dann wieder auf die Ebene über dem Lake emporzuspringen. In den Nationalparks glaubt man sich bald in den deutschen Odenwald versetzt. Der Mississippi ist hier noch schmal und verrät nichts von seiner späteren, majestätischen Größe.

Milwaukee, die größte Stadt im Staate Wisconsin, soll den stärksten Prozentsatz Deutscher von allen amerikanischen Städten haben. Neugierig merkt man nichts davon. Ein paar deutsche Namen und deutsche Kirchengemeinden, das ist so ziemlich alles. Sonst das Bild einer mittleren amerikanischen Stadt: im Zentrum einige Hochhäuser im Stile der Chicagoer Wolkenkratzer, die Mar-

mopathische der Geschäftshäuser und in den Vororten die kleinen, meist aus Holz gebauten Wohnhäuser der besser bezahlten Arbeiter und Angestellten. Im ganzen eine schöne Provinzialstadt mit vielen Anlagen und Gärten, der aber das tosende Leben der Industriemetropole Chicago fehlt, in die sich auch Handel und Industrie immer mehr verlegen. Selbst der innerliche Zusammenhang zwischen den 400.000 Deutschen soll nicht allzu groß sein. Mit Mühe und Not hält sich ein kleines deutsches Theaterchen, und nur eine Unmenge deutscher Regler- und Gesangsvereine zeigen, daß dieser Trübdom Deutscher auch im Auslande nicht so schnell abgeht. Allerdings soll man dort auch dieses jüdische Heimbräu trinken können, ein schreckliches Getränk aus Hopfen, Malz und verchiedenen anderen Stoffen, die man getrennt in der Drogerie zu kaufen bekommt. Die Prohibition kann dagegen nicht einschreiten, denn zu Hause kannst du machen, was du willst.

Von Milwaukee nach Chicago fährt man mit dem Omnibus etwa vier Stunden. Die Eisenbahn braucht dazu eine etwas kürzere Zeit, ist aber erheblich teurer. So ist es verständlich, daß der Kiefernbus, der mit 80 Kilometer Geschwindigkeit durch die Gegend rast, eine ernste Konkurrenz der Eisenbahngesellschaften darstellt, zumal da man neuerdings von Los Angeles bis nach New York quer durch den ganzen Kontinent mit einer Busgesellschaft fahren kann. Der Preis dafür beträgt etwa 100 Dollar, während man mit dem Zuge mindestens die Hälfte mehr bezahlt, es dafür

vielleicht nur etwas bequemer hat; andererseits steht man aber mit dem Auto mehr. Für kurze Strecken von ein paar hundert Meilen jedenfalls werden diese lehrreichen Landstrafungen überhaupt sehr viel benutzt, wobei man noch den Vorteil hat, daß man in den am Wege liegenden Lunchrooms essen kann, die erheblich billiger sind, als der Speisewagen.

Hinter Milwaukee erreichen wir bald den Michigan-See, den wichtigsten der großen amerikanischen Binnenseen, an dessen Ufer die wichtigste Stadt im Innern Amerikas liegt: Chicago, das uns zum Teil aus den Schilderungen Upton Sinclairs bekannt ist. Tatsächlich offenbart sich hier der amerikanische Geist am meisten, da New York eigentlich eine Stufe zwischen Europa und Amerika ist. Zwischen Milwaukee und Chicago sind die großen Landhäuser der Millionäre, und für die minderbemittelten Autofahrer und Touristen ist alle Male lang ein Camp eingerichtet mit billiger Übernachtung und Kochgelegenheit, neben den unzähligen Erfrischungstationen für den Menschen und den Benzinstationen für das Fahrzeug. Chicago selbst zeigt dem von Norden kommenden Besucher seine schöne Seite, nämlich die herrlichen, grandios angelegten Autostrassen direkt am Seeufer und die vornehmen 20- bis 30stöckigen Logierhäuser, in denen eine Dreizimmerwohnung 500 bis 1000 Dollar im Monat kostet. Dann geht es weiter in die „Loop“, wie das eigentliche Geschäftszentrum Chicagos heißt. Der künstlich umwachte, jedoch höchste Wolkenkratzer des Bauummfabrikanten Briggs und der etwas schönere Turm der „Chicago Tribune“ fallen in Sicht und geben dem, der, wie ich, zum ersten Male solche Stein- und Stahlriesen sieht, ein eindrucksvolles Bild dieser äußeren Manifestation der amerikanischen Größe. Von Nord zu Süd schlängelt sich unter ungelentfer Kassen durch den Verkehr und steht uns schließlich im Herzen dieser wirbelnden Stadt ab.

Karl Moeller, zur Zeit New York.

Ein Straßenfest

Denke dir, es sei ein heißer Sommertag! Die Straße, in der du wohnst, wird neu gepflastert. Dann denke dir weiter, du leistest noch mal wieder der kleine Junge von damals, der seine Straßenfeste feiert! Alles Leben nur ein Spiel.

Die ganze Straße haben sie aufgerissen — rein zum Vergnügen — und ganz große Karren voll Sand ausgeladen. Damit wir daraus Burgen bauen können und Backstein und kleine Sandfische. Und Karren voll achteckiger, großer Plastersteine, die später in Reih und Glied eingelassen werden. Die Plasterer sind so lustige Leute und haben und graben und singen dazu oder pfeifen. Alle haben die Taschen ausgezogen und auf die Fensterbänke der Häuser oder auf die Geländer der Brücken gehängt. Und die Sonne scheint so lustig, wie sie sonst niemals scheint. Alles ist nur ein ahnungslos glückliches Kinderpiel. ... Auch dürfen wir den Plastererleuten bei der Arbeit helfen, dürfen mit ihren Werkzeugen, die gerade frei sind, Erde loder machen oder Steine heranreichen. Das macht die Kameradschaft in der Straße.

Dann lautet es Mittag. Auf den ersten Glockenschlag ruht alle

Arbeit. Überall auf den Hausdächern, auf schattigen Plätzen bei einem Sandhaufen, bilden sich kleine, trauliche Gruppen. Hentelmannen werden ausgewählt, darin das Mittagessen nach warm ist. Das Frauen oder kleine Mädchen den Männern gebracht haben. Wie das nun gut schmecken muß! Ordentlich heißhungrig wird uns kleinen Zuschauern dabei.

Unsere Mutter muß wohl etwas geahnt haben; denn plötzlich ruft sie uns an die Haustür und bringt uns einen Napf mit Essen heraus, und damit springen wir zu den Plastererleuten in so ein Grüppchen hinein — und es schmeckt uns; besser noch als zu Hause und Pfingsten schmeckt es uns.

Nach dem Essen kommt die Mittagsruhe. Lang ausgestreckt liegen wir da auf dem Sande. Ja, nach einem Morgen schwerer Arbeit tut das Ausruhen brav gut und weicher ruht es sich da auf der Straße als in dem weichen Kissen. Alles Leben nur ein Spiel. —

Ja, wenn du dir denkst, daß du wieder der kleine Junge von damals wärst, kannst du es sicherlich nicht begreifen, daß die Erwachsenen sagen: „Gott sei Dank, wenn die Buddel und der Dreck erst vorüber sind!“

Karl Schneider — de Witt.

Kein Interesse

Der Dichter Ricardo Gedano erzählt: „Ich bin furchtbar leichtsinnig. Ich lasse meine Manuskripte immer bei offenem Fenster auf meinem Schreibtisch liegen.“

„Wenn man Ihre Art zu schreiben nicht allseits kennt?“

erwiderte einer, „so würde man sie Ihnen vielleicht stehlen.“

Der Himmel auf Erden

Der kleine Ottokar betet alle Abend. Eines Abends sagt er: „Gib mir, Gott, mach mich fromm, daß ich in den Himmel komme! — das bet' Ottokar nicht mehr.“ Entsetzt fragt die Mama, warum er das nicht mehr beten wolle. „Ich will nicht in den Himmel kommen.“

„Aber warum denn nicht?“

„Acht, wo wir endlich die schöne neue Wohnung bedrückt ham!“

Die Spielhölle

„Sie war'n wohl auch verzeißt?“

„Ja, das war ich.“

„Wo sind Sie'n da gewesen?“

„Überall a bishen!“

„Aa, mo deime da zum Reißbühl?“

„An Rappot war ich ooch.“

„An Rappot? Warden Sie mal, Rappot, is das nicht der Drd.“

„Wo's ne Spielhölle gibd?“ „Ja, das is der.“

„Da war'n Sie? Haben Sie'n da ooch geschield?“

„Freilich hab' ich da geschield.“

„In haben Sie da ooch was gewonnen?“

„Ausgeschloffen. Da gann geiner gewinnnt! Da gesch' nie widder hin.“

„Warum deime?“

„Weil mer da noch nicht mal gewinnen gann, wennr mogeld.“

Der Tod in der Wüste

Von Ph. Macdonald

Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachf.

„Hi!“ Morelli nickte. „Wie wäre es mit irgendwas zu essen?“ Der Sergeant reichte ihm aus dem Brotbeutel die Hälfte der gepöckelten und zusammengepreßten Datteln, die er aus der Hütte mitgebracht hatte; sie aßen, lachten schweigend und spülten die Früchte mit lauwarmem Wasser aus der Feldflasche hinunter. Als sie ihr Mahl beendet hatten, prüfte der Sergeant den Inhalt seines Zigarettenbeutels. „Jünf“, sagte er, „wieviel haben Sie noch?“ „Drei“, sagte Morelli, aber... da sind noch Abfessons...“ Er reichte dem Sergeant eine und steckte sich selbst eine andere an. Der Rauch trüffelte sich lässig über ihren Köpfen, wie kleine Wolken hing er in der hellen Luft. Mit jeder Minute wurde die Hitze unerträglich und drückte immer noch schlimmer zu werden. „Sergeant“, sagte Morelli nach einem langen Schweigen, „haben Sie jemals von Jonassen gehört?“

„Ja“, nickte der Sergeant; seine Gedanken schienen zu wandern. „Ich wünschte zu Gott, daß die Teufel da drüben etwas unternehmen... Dies Warten ist furchtbar.“

Schweigen.

„Wegen der Sonasse?“ Lang Morellis Stimme, „hören Sie?“

„Ja“, entgegnete der Sergeant, „ja...“

„Ich bin einer.“ Morelli sprach ganz leise und langsam. „Ich will Ihnen das erzählen...“

Neunzehntes Kapitel.

Abwechslend gruben sie auf der anderen Seite der Hütte ein Grab für Abfesson; der Sergeant legte den Leichnam hinein, warf Erde über ihn und trat sie fest.

Ein Tag verging; eine Nacht... ein anderer Tag und noch eine Nacht.

Die Zeit hörte für die beiden Männer auf — ihre harte, von Menschen geschaffene Einteilung schmolz im Ofen der Sonnenhitze und dem Silberbad des Mondlichtes. Dann und wann aßen sie und tranken viel Wasser; sie schliefen umhüllt, mit Angstträumen oder gar nicht. Abwechslend schüttelten sie Datteln zur Ergänzung ihres Vorrates und füllten die Feldflaschen, abwechselnd gingen sie im Halbschlaf zur Hütte und gaben dem lauernden Wapf-

nigen, der dort betete, Speise und Trank; er ließ sich ruhig wie ein Tier herausführen und bewegen, die einzigen Worte, die er zu seinen Pflegern sprach, waren: „Ich muß euch nun verlassen... kniet mit mir nieder und betet...“

Manchmal sprachen sie nur kurz miteinander, manchmal unterhielten sie sich stundenlang. Einmal sagten sie während eines ganzen Tages kein Wort; aber immer beobachteten sie mit heißen Augen, die vom Sonnenglanz und vom Mondschein schmerzten, die Wüste. Es kam ihnen so vor, als hätten sie ihr ganzes Leben lang auf dem Bauch gelegen, auf die Ellenbogen gestützt, die ihr Gewicht wund gedrückt habe, und über nichts als Sand gestirbt, als hätten sie immer auf einen Feind gewartet, den sie nicht sehen konnten, der aber trotzdem da war — ein magischer Feind, der sich versteckte, wo es kein Versteck gab, und die verformten Leichen ihrer Freunde zu sein verstand. Um sie zu verpöhlen, ein Gegner, der sie endlich fassen würde, wie die anderen gefaßt worden waren.

Ihre Augen glühten wie Kohlen, auf ihren Gesichtern wuchsen stürmische Borsten. Wenn ihr Lager auch im Schatten war, trach die Hitze wie ein wildes Tier an ihnen, so daß jeder Sonnenumlauf ein Crescendo von Blut mit einer Nacht in seiner Mitte bedeutete, die kaum erträglicher war. Die Kolben der Karabiner verbrannten ihre Hände, die Berührung der Metallteile verursachte rasende Schmerzen. Unablässig verströmte ihr Schweiß, daß sie manchmal sich aufzulösen glaubten und fühlten, wie ihre Gesundheit schwächer wurde. Im Umkreis standen die Palmen unbeweglich drohend wie Schildwachen, ohne sich zu rühren, vor ihnen war der glühende Halbkreis des Nichts, ein unnäher Dorn bei Tag, eine fiedige Silberhaube in der Nacht. Das Nichts wurde in ihrer Vorstellung zu einem brennenden und wüßtigen Feinde, der sie zum Wahnsinn treiben wollte, ehe er sie tötete.

„Wenn sich nur etwas regte“, stöhnte Morelli, „irgendem gottverdammtes Elmas!“

Der Sergeant drehte sich auf den Ellbogen herum; er hatte beinahe einen ganzen Tag geschwiegen, nun strömten seine Worte wie ein angefaulter Gehackdachs dahin.

„Ja, ja“, sagte er fast schreiend, „irgend etwas muß sich regen... ja... aber was? Wie? Diese verfluchten Hunde... zur Hölle mit ihnen, sage ich! Gott verdamme ihre dreißigen Seelen... Sie werden uns ja friegen, aber, bei den Knochen ihres Propheten, wir sie auch! Haben Sie jemals einen brennenden Wunsch gehabt, Morelli? Natürlich... genau so wie ich... nicht nur einen, sondern tausende... ich habe sehr, sehr heiß gewünscht, Morelli, aber niemals so wie jetzt: ich will diese Schweine fassen... ich will sie

fassen, sage ich Ihnen, ich will sie fassen, und dann sollen sie verrotten...“ Er brach ab, denn er merkte, daß er laut und laut schrie, während der andere so nahe lag, daß er ein Flüstern hätte hören können. Seine eigene Stimme tönte ihm feilsam und peinigend in den Ohren; er biß sich auf die Lippen und rang nach Rettung.

Aber jetzt schrie Morelli zurück, gleichsam angeleitet, alles ganz gut, alles ganz ausgezeichnet. Aber worauf marriert das Rad? „Ich will's Ihnen sagen, und wenn wir hier nicht wie die Wägen herumliegen müßten, hätten wir es schon längst eingesehen. Sie warten auf ihre Kameras, verstanden, auf lausige Verstärkungen. Das ist es! Wir haben drei neulich nach umgelegt, nicht wahr, da bleiben also drei oder vier übrig... Die Wägen es nicht... warum? Weil sie wissen, daß ihre kleinen braunen Brüderchen kommen, und dann wollen sie uns azeilochen... keine Kunst! Klar wie Klobbrühe... und Ihr ganzer Wunsch ist kein Teufel. Stimmt's... he?“

„Schon gut. Schon gut. Sie brauchen nicht so zu schreien.“ Der Sergeant hatte sich gefaßt, seine Stimme war wieder ruhig und bestimmt. „Sie mögen recht haben, jedenfalls haben Sie logisch gedacht. Trotzdem irren Sie, glaube ich, trotz aller Möglichkeiten. Ich meine, daß sie warten... nun, weil sie eben warten... es gehört zu ihrem Programm. Folgen Sie mir? Sie wollen uns nicht nur töten, sondern sich gleichzeitig anrühren. Bedenken Sie, wie Tod und der Mant hergebracht worden sind... wissen Sie, was ich sagen will? Dies Wartenlassen gehört etwas zu ihrem niedlichen Spiel.“

„Weiß nicht... vielleicht haben Sie recht...“ Auch Morelli war jetzt wieder nüchtern geworden. „Gehuppt wie gesprungen... was kommt's darauf an? Verdammt müde sind sie... und wir auch.“ Damit begann er ein trauriges Lied zu pfeifen; der Sergeant nahm die Melodie auf, die flügende Weise floß ruhig durch die Palmen und verlor sich.

„Nichts geht über Musik“, meinte der Sergeant, grinst plötzlich und sang:

„Herr Wirt, habi ihr denn guten Wein?“

Barley-voo!

Herr Wirt, habi ihr denn guten Wein?“

Barley-voo!

Herr Wirt, habi ihr denn guten Wein?“

Für Kavalieristen muß er sein!

Hallo, Zungen,

Hallo, Kerle,

Hal-lo!

(Fortsetzung folgt.)

Bücher für Naturfreunde!

Nachfolgend einige Werke, die jeder Naturfreund besitzen muß.

Brehms Tierleben, 4 Bände mit 1600 Seiten Text und vielen Tafeln . . . zusammen nur Mk. 11.40

Kosmos-Bände, populär und anschaulich geschrieben interessante Themen, wissenschaftlich wertvolle Darstellungen. — Einige Restposten geben wir, solange Vorrat reicht, zu folgenden Vorzugsbedingungen ab: 10 Bände, verschiedene Titel statt Mk. 18.00 . . . nur Mk. 12.00

Sonder-Angebot!

Obige 14 Bände zusammen auf Buchkarte, zahlbar in 14tägigen Raten à Mk. 1.50. Die Raten kassiert der Zeitungsbote.

Sofort bestellen, ehe der Vorrat erschöpft ist.

VOLKSBUCHHANDLUNG
Gelsenkirchen, Ringstraße 33

Bestellzettel.

Ich bestelle obige Naturfreunde-Bibliothek, 14 Bücher zusammen für Mk. 23.40 auf Buchkarte. Die Raten, in Höhe von alle 14 Tage Mk. 1.50 sollen durch den Zeitungsboten kassiert werden.

Name _____ Beruf _____
Adresse _____

Trau-Ringe
in größter Auswahl stets vorrätig bei
Bäumer & Cie., Gelsenkirchen.
Reparaturen an Uhren und Goldwaren werden mit und billig ausgeführt.

Ich habe mit Obermeyers Medizinisch
Herba-Seife
beimenein
Gesichts-ausschlag
einen raschen Erfolg erzielt. Dasselbe sagt auch Frau B. Hackmann, Wiesbaden, indem sie schreibt: „20 Jahre litt ich an einem bläsenartigen Gesichtsausschlag. Ich wandte die verschiedensten Mittel vergeblich an. Durch Schaumauflage mit Obermeyers Medizinisch-Herba-Seife erzielte ich rasche Heilung.“
RM - 65. 30% vergrößert. Präp. RM 1.-. Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apoth., Drogerien u. Parfümerien.

WERBEN DRUCKEREI
werden wirkungsvoll und modern bei uns hergestellt
VOLKS WILLE

Viele Frauen lieben es
beim Spülen der Wäsche Henkels Sil zu nehmen. Etwas Sil, kalt aufgelöst, dem ersten Spülwasser zugesetzt, entfernt schnell alle Seifenreste und verleiht der Wäsche einen besonders klaren Schein.
Sil zum Bleichen
ohne gleichen!

69 Personen gehören heute dem Verein als ordentliche Mitglieder an.
Für die gleiche Anzahl Renntage des Vorjahres (22) mit 154 (im Vorjahre 158) Rennen wurden 2852 (i. V. 3125) Rennungen abgegeben. Es starteten 1598 (i. V. 1824) Pferde, pro Rennen prozentual 10,4 (i. V. 11,6) Pferde. Der Durchschnittswert eines Rennens betrug 1054 RM gegen 1075 RM im Vorjahre.

An Beileistungen wurden erzielt:
1929: Zweijährige: Landis 1:32,3, 1928: Manschette 1:31,9.
1929: Dreijährige: Dragoman 1:26,2, 1928: Volker 1:29,3.
1929: Vierjährige: Volker 1:26,4, 1928: Bernardus 1:26,5.

Die Hauptausgaben stellten sich im vergangenen Jahre, wie folgt:

Geldpreise 162.250 RM (i. V. 159.950 RM),
Ehrenpreise 4500 RM (i. V. 4076 RM),
Züchterprämien 13.896 RM (i. V. 14.386 RM),
Traberzuchtprämien 3324 RM (i. V. 4168 RM),
Insgesamt 183.970 RM (i. V. 192.580 RM).

Im Vorjahre betrugen diese Ausgaben 192.580 RM, mithin gegen 1928 weniger 8610 RM.

Mit diesen Aufwendungen sind die Ausgaben, abgesehen von den laufenden Ausgaben, Steuern, Löhnen, Pacht und notwendige Aufwendungen für die Instandhaltung der Bahn, Gebäude und Anlagen, welche sich allein auf 18.405 RM stellen, ganz für den Rennsport und die Landespferdezucht verwandt worden, obwohl eine Rücklage nach kaufmännischen Grundsätzen berechnungsgemäß wäre. Vorherrschend war der Gedanke, die in den jetzigen wirtschaftlich schlechten Zeiten schwer kämpfenden Züchter und Züchter nach besten Kräften zu unterstützen.

Trotz geringerer Abschreibungen, als im Vorjahre schließt das Geschäftsjahr mit einem Verlust von 12.757,29 RM ab.

Die vor sechs Jahren eingeführte Prämierung der zweijährigen Stuten fand am 7. Oktober auf der Trabrennbahn statt. Die von dem staatlichen Traberzuchtstiftungs wie in den letzten Jahren zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellten 7000 RM wurden erstmalig geteilt. Die erste Hälfte wurde für die Prämierung, die zweite Hälfte für ein neuausgeschriebenes Zuchtrennen der dreijährigen Stuten und Stuten, deren Züchter im Verbandsbezirk ihren Wohnsitz haben, verwandt. Die Ausschreibungen und der Verkauf dieser hochdotierten Zuchtprüfungen fanden in Züchter- wie Züchterkreisen obige Anerkennung. Gewonnen wurde das Rennen von der 1928 mit dem zweiten Preise prämierten Stute „Manschette“ (die erstprämiierte Stute „Marie Watts“ nahm an dem Rennen nicht teil). Man'sche hatte auch als Zweijährige die beste Leistung (1:31,9) auf hiesiger Bahn aufzuweisen.

Außer für rennportliche Zwecke wurde die Rennbahnanlage für drei Motorradrennen des Gelsenkirchener Motorsportklubs und für ein Groß-Motorrennen zum Gedenken der Verunglückten für den gegen Entgelt bzw. frei zur Verfügung gestellt.

Abschließend muß trotz des finanziell schlechten Jahresergebnisses die steigende Bedeutung der hiesigen Leistungsprüfungen im Trabe und die enorme Entwicklung der westdeutschen Traberzucht und die hierdurch bedingte Hebung der Landespferdezucht hervorgehoben werden.

Punkt 2: Jahresrechnung und Bilanz wurden einstimmig genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt.

Punkt 3: Wie im Vorjahre, wurden vom Landwirtschaftsministerium Berlin 22 Renntage mit Totalisatorbeteiligung bewilligt, welche an folgenden Tagen abgehalten werden sollen:

2. 9 und 16. März; 6. 20. (nicht, wie bisher angegeben, 10.) und 21. April; 4. 11. und 18. Mai; 1. und 29. Juni; 6. und 27. Juli; 3. und 10. August; 14. und 28. September; 5. Oktober; 9. 16. und 30. November; 7. Dezember.

Punkt 4: Eintrittsgeld und Jahresbeitrag sind wie bisher auf je 50 RM festgelegt.

Es wurde beschlossen, an Stelle der alljährlich abgehaltenen Prämierung zweijähriger von diesem Jahre ab einjährige Stuten zu prämiieren. 1930 soll jedoch als Übergang gleichzeitig nochmals eine Prämierung auch der zweijährigen Stuten stattfinden. Anschließend an die Prämierung ist eine große Ausstellung der in Westdeutschland geborenen Traberjährlinge (Stuten wie Stuten) vorgesehen.

Die nach den Bestimmungen der D. R. E. bis zum 1. Mai erfolgende Einführung des Maschinenstarts auf den Groß-

bahnen wurde allgemein gutgeheißen und die gleichzeitige Einrichtung eines Laufpferches mit Grammophon-Lautwerk für die Startplätze für äußerst praktisch gehalten.

Punkt 5: Die Wahlen erfolgten nach dem Vorschlag des Vorstandes und ergaben durch einstimmigen Beschluß der Versammlung folgendes Ergebnis: 2. Vorsitzender Herr J. Berlage; 3. Vorsitzender Herr S. Herbert; Beisitzer: Herr B. S. Altmade (Eilen) und Herr Bürgermeister Sprenger (Gelsenkirchen).

Am 7.15 Uhr konnte der Vorjahre die anstehende verlaufene Generalversammlung schließen.

Wie im Vorjahre, werden auch jetzt wieder Jahresstarts 1. Tribüne zum Preise von 30 RM, die zum Gedenken der 22 Renntage in Gelsenkirchen und der Traberrennen in Westfalen ausgeschrieben, ausgeben. Dieselben werden schon jetzt in der Geschäftsstelle des Vereins, Hans-Sachs-Haus, Zimmer 330, Postfach 158, abgegeben.

Die Idee der Arbeitsschule und ihre Verwirklichung.

Vom Vorstand der Akademischen Kurse für Lehrerfortbildung wird auf die am 19. bzw. 24. Februar dieses Jahres beginnenden schulpraktischen Vorträge von Rektor A. Hauer (Dortmund) hingewiesen. Die Vorträge stehen sämtlich unter dem Thema: „Die Idee der Arbeitsschule und ihre Verwirklichung.“ In den einzelnen Vorträgen spricht der Redner u. a. über das Wesen der Arbeitsschule, über die Arbeitsschule in der Schulstube und über die Arbeitsmethoden unseres Deutschunterrichts im Lichte der Psychologie. Die Vorträge sind über die Arbeitsschule in der Schule zu nehmen ihren Ausgang von praktischen Unterrichtsbeispielen. Die Vorträge finden für den Stadtteil Gelsenkirchen in der Aula des Reformatoriums am 24. Februar, 3. 17. 24. und 31. März statt. Für den Stadtteil Eilen werden die Vorträge in der Aula des Ensembles abgehalten, und zwar am 19. und 26. Februar, 5. 12. 19. und 26. März. Sämtliche Vorträge beginnen um 17.30 Uhr und schließen um 19 Uhr. Der Preis der Karte beträgt für sämtliche Vorträge 3 RM.

Jungsozialisten, Westliches Westfalen.

Am Sonntag, dem 9. März, vormittags 10 Uhr, findet im Lesesaal der Stadtbibliothek in Dortmund, am Markt, unsere Jahres-Gauleitung statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Vortrag: „Sozialpolitik der Sozialdemokratie“. Referent: Alvin Brandes (Stuttgart).
2. Geschäftsbericht.
3. Neuwahl der Gauleitung.

Neben den nach § 8 der Gauleitlinien stimmberechtigten Gruppenmitgliedern wird wegen der Wichtigkeit des Referates die Teilnahme aller Genosseninnen und Genossen erwartet. Das den Gruppen zugeordnete Rundschreiben bitten wir umgehend wieder einzufenden.

Die Gauleitung.



GELSENKIRCHEN-BUER

Ortsgruppe Schalle.

Samstag, den 22. dieses Monats, abends 7.30 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal Heining, Gewerkestraße. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Vortrag über die Arbeiterbewegung. (Referent: Genert) 4. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung des Unterbezirks. Vollständiges und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

JUGEND-VERANSTALTUNGEN

Volksstanzkurs.

Der vom Städtischen Jugendamt im Stadtbezirk Gelsenkirchen eingerichtete Volksstanzkurs für Anfänger beginnt am Mittwoch, dem 19. dieses Monats, abends 20 Uhr, in der Turnhalle des Volkshauses Gelsenkirchen-Rotbäusen. Die Teilnehmergebühr beträgt monatlich eine Reichsmark.

REICHSBANNER SCHWAPZ-ROT-GOLD

Fackelzug in Gelsenkirchen

am Sonntag, dem 23. dieses Monats, aus Anlaß der Bundesgründung.

Sammelpunkt: 6.30 Uhr an der Wiese.

- | | |
|-------------------|------------------------------|
| Kameradschaft 1: | 5.30 Uhr bei Serres, |
| Kameradschaft 2: | 6.00 Uhr bei Trellwitz, |
| Kameradschaft 3: | 5.30 Uhr bei Paul, |
| Kameradschaft 4: | 6.00 Uhr bei Althmann, |
| Kameradschaft 5: | 5.30 Uhr bei Fischer, |
| Kameradschaft 6: | 6.00 Uhr bei Vogel, |
| Kameradschaft 7: | 5.30 Uhr bei Weskamp, |
| Kameradschaft 8: | 6.00 Uhr bei Landscheid, |
| Kameradschaft 9: | 5.30 Uhr bei Müller, |
| Kameradschaft 10: | 5.30 Uhr bei Rohring, |
| Kameradschaft 11: | 5.30 Uhr bei Nachbarschulte. |

Spilleute und Musiker bei den Kameradschaften, Fahnen bei den Abteilungen. Seht für Karte Beileitung! Bringt Freunde mit! Die Fackeln kosten zwei Stück 10 Pfennig.

Martinsabteilung, Gelsenkirchen.

Mittwoch abends 8 Uhr Probe in der Lesingschule.

Geschäftliche Mitteilungen.

34.260. Preussisch-Schlesische Staatslotterie.

7. Ziehungstag der 5. Klasse (Hauptziehung).

In die Lotterieleinnehmer von Gelsenkirchen-Buer fielen folgende Gewinne von 150 RM. (Einzugschein):

21 479	37 929	38 018	61 154	62 556	62 613	62 774	108 514
112 573	112 574	112 719	112 723	114 260	114 268	114 270	114 292
164 218	169 115	187 570	189 584	203 810	205 805	205 870	208 151
208 192	209 358	218 118	218 197	224 616	232 597	234 355	292 846
308 894	308 938	309 141	348 159	348 172	370 588	372 312	383 064.

8. Ziehungstag der 5. Klasse (Hauptziehung).

21 472	21 493	21 512	27 477	37 942	37 964	62 593	62 744
83 115	83 136	91 224	109 512	169 519	205 624	231 026	231 031
231 045	234 370	240 664	240 835	308 899	341 906	341 911	357 423
373 229	383 077	383 080.					

Die höheren Gewinne werden den Spielern sofort durch verschlossenen Brief mitgeteilt. Für die gezogenen Nummern sind, soweit der Vorrat reicht, Lose noch zu haben. Die Ziehung der gegenwärtigen 5. Klasse dauert ununterbrochen 30 Tage, bis zum 14. März 1930.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingel; für den Anzeigenenteil: Karl Cheimich, beide in Gelsenkirchen. — Druck: „Volkswille“, Ludwig Leppoldt, GmbH, Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesen Zweck Rückporto beiliegend wird.

Der Mann mit den sechzehn Gesichtern

Der Millionenbetrüger aus Griechenland und Ceta's schwarze Augen.

In Brüssel ist Herr Carifalis verhaftet worden, ein würdiger etwas beleibter Herr, Typ eines Generaldirektors, 53 Jahre alt. Er hat unter 16 falschen Namen während der letzten Jahre in ganz Europa Millionenbetrügereien verübt, indem er für verkaufte, aber niemals existierende Ware gefälschte Frachtbriefe vorlegte, um dadurch ihren Versand zu beweisen und fälschlich den Gegenwert in barem Geld einzulassieren. Dann verschwand er jedesmal und ward nicht mehr gesehen.

Das letzte Mal glückte Herrn Carifalis das Mandover in Lauenanne zum Nachteil eines chinesischen Handelshauses, aber dann wurde er in Belgien mit seiner Freundin Ceta de Santi durch einen dummen Zufall ertwischt und hinter Schloß und Riegel gesetzt. Seine Rolle ist einseitig ausgespielt; augenblicklich ist man dabei, die Taten dieses Griechen zu registrieren. Die Liste seiner Pseudonyme, ein wahres Kulturdokument, umfasst folgende herrliche Namen: L. D. Baird, Charles Bellot, F. A. Craster, Collins, S. Dale-Dawson, Sir John S. Dennis, Frank A. Miller, Hubson, Charles Hunter, Xenophon Kallis, Sir John Kerr, Krogan, Knopp (oder Knoop), Knoc (oder Knoch), Lake-Dawson und John Todd. So lautet auch der Sterbepfand, der gegenwärtig an alle großen europäischen Banken bekannt gegeben wurde. Französische, schweizerische und englische Staatsanwälte haben schon die Auslieferung des „Mannes mit den 16 Gesichtern“, wie man Herrn Carifalis nennt, beantragt.

Auch in Deutschland ist der menschenfressende Grieche kein Unbekannter. Die Hamburger Polizei glaubt in ihm jenen Betrüger zu erkennen, der im Jahre 1925 ein hantelartiges Geschäftshaus um 800 000 Mark prellte. In Genf, Kairo und Athen fand die Leute nicht schlauer gewesen; hier soll Carifalis gleichfalls zur Rechenschaft und vor den Rabi gezogen werden.

Die Person des Verhafteten weist natürlich all die Eigenschaften auf, die ein erfahrener Hochstapler besitzen muß. Er spricht geläufig mehrere Sprachen, trägt ein harmloses „vertrauenswürdiges“ Aussehen zur Schau und, was besonders heftig, in seiner Begleitung war stets eine hübsche, mondäne Frau, eben jene Ceta de Santi, zu sehen, die mit dem Schmelz ihrer tief-schwarzen Augen auch manchen Leichtgläubigen in die Falle lockte. Carifalis befand in allen Städten Europas Absteigequartiere und hatte auf vielen Postämtern Schließfächer, in denen seine anonyme Korrespondenz zusammenlief.

Die Untersuchung ist in vollem Gange. Sie soll noch manche Überraschung mit sich bringen, wie die belgische Polizei versichert.

Am Höhensteuer eingeklappt

Der Kampf um Mobile geht weiter. Gleichzeitig mit dem Erscheinen seines Rechtfertigungsbuches in verschiedenen Sprachen, auch in deutscher, veröffentlicht das italienische Marineministerium den Bericht der amtlichen Untersuchungskommission über den unglücklichen Ausgang der Nordpolexpedition des Generals. Der Bericht bezeichnet Mobiles Charakter als unzuverlässig, seine Flugerfahrung als mittelmäßig. Der schlimmste Vorwurf, der ihm gemacht wird, dürfte der sein, daß der Mann am Höhensteuer eingeklappt war, als das Luftschiff plötzlich mit der Spitze nach unten zeigte. Zwar gelang es in diesem höchsten Gefahrenmoment, das Luftschiff wieder auf 1000 Meter zu bringen, aber dann sei durch das überhastete falsche Arbeiten mit Gas das Luftschiff wieder herabgedrückt worden, so daß der Zusammenprall mit den Eisbergen unvermeidlich war.

In seiner Rechtfertigungsschrift erklärt Mobile, daß die Fahrt bis in alle Einzelheiten mit allen in Betracht kommenden Gelehrten und Technikern vorbereitet gewesen sei. Die eigentliche Katastrophe wäre darauf zurückzuführen, daß starker Eisbelag die „Italia“ zu schwer gemacht und gleichzeitig den Gasverlust verursacht habe. Auch der Prager Professor Behounek hätte bestätigt, daß der Absturz nicht durch eine falsche Bedienung des Höhensteuers verschuldet sei. Mobile wirft der italienischen Regierung u. a. vor, daß die Rettungsaktion des italienischen Schiffes „Citta de Milano“ dadurch erschwert worden wäre, daß der Funksender dauernd für Presseberichte benutzt worden sei und man beim Rettungsversuch durch das Flugzeug „Itali Probiani“ einen Kooptateur mitgeschickt habe.



(Fortsetzung)

„Wie heißt denn, Mädel?“
„Ich bin doch das Kefert Blumauer“, sagte sie schlicht, und zum erstenmal sahen ihre dunkeln Augen den großen Herrn an, der da neben ihr saß.
„So, so, das Kefert!“, meinte der lächelnd. „Tanz denn gern, Mädel?“
„O mei, da geh ich mei Leben dafür“, sagte sie, und nun zog ein Lächeln wie ein Sonnenstrahl über ihr dunkles Gesicht. „Es hat ja genug Kämpf“ gekostet, bis ich soweit gewesen bin. Der Papa hat getobt, und das Mutterl ist fast gestorben, als ich zum Ballett gewollt habe, aber ich hab's doch durchgekämpft.“

„So, so, der Herr Vater hat's net gewollt. Was ist denn der Herr Vater, Kefert?“

Eine kleine Note der Verlegenheit überflog das dunkle Gesicht des hübschen Mädels, ehe sie antwortete:

„Mei Vater hat eine Schusterlei in der Nagelgassen, dicht bei am Graben, falls den Herrn mal der Weg dahin führt.“

Der fluge Geschäftssinn aller Wiener Mädel erwachte, vielleicht brauchte der Herr hier einmal ein paar Sportstiefel, darin war der Vater Meister.

Und es dauerte nicht lange, da saßen die beiden vertraut zusammen und plauderten, als hätten sie sich ewig gekannt. Von draußen schallten abgerissene Töne einer wildrhythmischen Musik herein, Kefert kannte jeden Ton. Man hatte noch ein bißchen Zeit zum Plaudern mit dem schönen jungen Herrn. Die Miquella hatte in ihrem spanischen Tanz noch lange auf der Bühne zu tun, sie fühlte instinktmäßig, daß man sie hier mit dem Herrn nicht erwischen dürfte. Drüben lagen die blauen, düstigen Schleier für die heutige Redoute ausgebreitet. Von hier aus wollte die Miquella das Fest besuchen. Ein kleiner Zeufzer des Reibes entschlüpfte Kefert. Eine Redout! Eine

Das Sargmagazin in der Todeskurve

„Bestellen Sie rasch Ihren Sarg, bevor Sie diese Kurve nehmen!“

Zwei breite Warnungstafeln mit dieser Aufschrift, über der ein großer Totenkopf droht, wurden bei einer ganz unübersichtlichen und wegen ihrer vielen Unfälle verhängten Kurve aufgestellt, die vierzig Meilen vor Kansas-City auf der täglich von Hunderten von Autos befahrenen Straße nach St. Louis liegt.

Solche Warnungstafeln sind in den Vereinigten Staaten nichts neues, sie mahnen zwar das Tempo, aber ein richtiger Automobilist läßt sich auch durch Totenköpfe nicht schrecken, und die Kurve forderte trotz der Tafeln ihre Opfer weiter.

Dann kam John Fisher!

Er kam auf einem alten, klappernden Ford vorbei, hielt, stieg aus, betrachtete nachdenklich ein zertrümmertes Auto, das im Graben lag, überlegte eine Weile, nickte seiner Frau zu, stieg wieder auf und fuhr nach Kansas-City. Er war wandernder Schaufensterdekorateur, richtete in den kleinsten Restern die Kramläden auf den Gängen her und verstand sich auf Kellame.

Er verhandelte noch am gleichen Tage mit einem Sarghändler, fuhr am nächsten Morgen zur Todeskurve zurück, nach ihm ein Lastauto, beladen mit den billigsten Holzsärgen. Er mietete zwei schmale Streifen Feld beiderseits der Kurve für fünf Dollar monatlich, zimmerte neben jeder Warnungstafel ein Dach aus Brettern zusammen, unter dem die Särge, breit und unheimlich aufgestellt wurden.

„ei Tage später kam der erste Transport invalider Autos. Dreißig unbrauchbare Karren, die nebeneinander in den Graben gewälzt wurden: Etliche in den graulichsten Stellungen ineinander verflochten, die Vorderräder hoch in der Luft, einige bis auf das Eisengerippe verbrannt, ein großer Omnibus wie eine Schildkröte auf dem Rücken — es war ein grauenhaftes Panoptikum von katastrophalen Autounfällen!“

Dann kam der Photograph, machte Aufnahmen von dem Autofriedhof und den Sargmagazinen neben den Tafeln, lieferte von der eindrucksvollsten Aufnahme zehntausend Postkarten zu zwei Cent das Stück, und dann begann sofort das Geschäft:

Fisher und Frau blockierten die Kurve von beiden Seiten. Sobald ein Wagen sichtbar wurde, schwenkte man wild eine große schwarze Fahne, piff durchdringend auf einer Sirene, bis der Wagen langsam fuhr, meldete, daß die Kurve frei sei, bot die Kupfistarten das Stück zu zehn Cent an, leierte wie in einem Museum eine kurze Schilderung der Unfälle des letzten Monats herunter, gab auf Wunsch auch eine Einzelbeschreibung der Unfälle, kassierte ein, begann beim nächsten Wagen von vorne.

Das Geschäft war glänzend, man verdiente an schlechten Tagen sechs, an guten bis zu fünfzehn Dollar täglich, nach drei Wochen wurde Nachtbetrieb eingeführt. Fisher beleuchtete sein Panoptikum mit Akkumulatorlampen, gab Lichtsignale, kassierte die doppelte Tare, nach zwei Monaten errichtete er eine kleine Hütte, in der Frau Fisher Erfrischungen, nicht nur Limonade und Sandwichs, sondern auch einen ausgezeichneten Whisky feilbot.

Durch mehr als drei Monate hatte die Kurve nicht den geringsten Unfall zu verzeichnen, aber jetzt kam die Polizei. Nicht wegen des Geschäftes mit den Ansichtskarten, sondern wegen des Schnapses. Fisher und Frau wanderten auf einige Monate in das Gefängnis. Zwei Tage später gab es wieder den ersten, schweren Unfall. In den nächsten Wochen eine ganze Serie von Zusammenstoßen. Die Zeitungen von Kansas-City forderten die Regnabingung Fishers, die auch gegen Geldbühn, keinen Schnaps mehr auszuschenken und Hinterlegung einer Kaution erfolgte.

Heute beschäftigt sein Unternehmen bereits zwei Angestellte, neben der Kurve liegen an hundert zertrümmerte Autos, die beiden Sargmagazine sind auf das Dreifache vergrößert, an einem hohen Mauerwerk steht eine riesige schwarze Fahne, die schon auf zwei Kilometer Entfernung zu sehen ist — die Todeskurve von Kansas-City hat längst ihren Schrecken verloren!

Bootsunglück auf der Donau

11 Bauern ertrunken.

Bukarest, 18. Februar. (Drahtmeldung.) Bei Calarasi kenterte auf der Donau eine zu schwer beladene Fähre. Von den Insassen konnte sich nur der Bootsführer retten. Die elf Fahrgäste, meist Bauern aus der Umgegend, ertranken.

Kinderleiche vorm Theater

Vor dem Theater am Rollendorfsplatz in Berlin wurde nach der Sonntagabendvorstellung vom Pfortner ein Paket gefunden, das die Leiche eines neugeborenen und offenbar erdrosselten und erstickenen Mädchens enthielt.

Auto vom Zuge erfasst

Ein Toter, zwei Schwerverletzte.

Gechingen (Hohenzollern), 18. Febr. (Drahtmeldung.) Am Montagabend um 11 Uhr wurde beim Bahnübergang Gechingen-Voll (am Fuße des Hohenzollern) ein mit drei Personen besetztes Automobil von einem aus Sigmaringen kommenden Personenzug erfasst und fast ganz zertrümmert. Der Autolenker war sofort tot; die zwei anderen Insassen erlitten sehr schwere Verletzungen.

Millionen für Frau Maret

Die Frau des Ingenieurs Maret, der vor einem Jahr wegen Versicherungsbetruges nach einem sensationellen Prozeß verurteilt worden ist, wurde von einer reichen Amerikanerin, die während des Prozeßes in Wien gewohnt hatte, ein Betrag von mehr als einer Million Schilling vermacht.

Blutige Hochzeit

Da nun einmal in Bulgarien auch bei keinem freudigen Autokollaboraturschiffen fehlen dürfen, nahm eine Hochzeitsfeier in dem mazedonischen Dorfe Beltschun ein tragisches Ende. Als einige der jüngeren Hochzeitsgäste das nötige Quantum Alkohol konsumiert hatten, gingen sie in den Garten hinaus und veranstalteten „zu Ehren des Brautpaares“ eine wilde Schieberei. Durch einen unglücklichen Zufall traf ein Bursche seine Mutter, die auf der Stelle tot war, und verwundete einen Verwandten lebensgefährlich. Nur mit Gewalt konnte ein Selbstmordversuch des leichtsinnigen Schützen verhindert werden.

Autounglück in Italien

Fünf Verletzte.

Rom, 18. Febr. (Drahtmeldung.) In der Nähe von Terracina stürzte infolge Platzens eines Gummireifens ein mit fünf Personen besetztes Lastauto um. Alle fünf Personen sind mehr oder weniger schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht worden.

Flugzeugfabrik abgebrannt

in Frankreich.

Paris, 18. Februar. (Drahtmeldung.) Gestern Abend brach in den Flugzeugwerken von Meudon (Seine-et-Oise) ein Brand aus, der sich sehr schnell ausbreitete. Die Flugzeugfabrik von Meudon mit ihren sämtlichen Werkstätten wurde ein Raub der Flammen. Mehrere in der Nähe liegende Wohnhäuser sind durch den Brand mehr oder weniger beschädigt worden. Die Brandursache konnte noch nicht festgestellt werden.

blauwe Redout! Wer das doch auch einmal haben könnte. Einmal nach dem Rhythmus einer anderen Musik, als der vorgeschriebenen, durch einen erleuchteten Saal schweben, einmal mit einem richtigen vornehmen Herrn tanzen, ganz dicht an ihn geschniegelt, und nicht nur in eingelernten Sachen im Schminwerfer der Bühne zu stehen. Unterlauchen, küssen, Sekt trinken in blumengeschmückten Logen, das war noch ein Leben. Die anderen erlebten es alle Tage. Die Chormädels konnten nicht genug erzählen von rauschenden Festen und verliebten jungen Herren. Die Genossen ihre Augen. Und sie? Der Vater packte auf, und die Mutter packte auf, und der Rudi Straußner erriecht. Immer war er ernst und schau, nie ein liebes Wort. Bloß aufpassen tat er und wüßte Augen machen, wenn ihm was net befiel. Wie schwer war das Leben!

„Warum seufzt denn?“ fragte Pedro und zog die kinderzarte, kleine Gestalt an sein Herz.

„Auf a Redouten mücht i a einziges Mal.“

„Na, warum achst denn net, Kefert?“

„I hab halt la Kavaler. Und dann, ich hab auch la nojum. In die Bühnenkleider darf i nimmer, die nehmens mir jeden Abend weg.“

Pedro dachte einen Moment nach. Er kannte eine diskrete Waschenverleihaufstall in der Mariabilfer Straße, dort hatte er schon oft an der Nachtklingel gezogen, wenn er einen Domino brauchte, um mit einer Dame, die nicht gesehen werden durfte, eine Faschingsnacht zu verbringen. Aber wie kam er hier los?

„Ach was, dachte er bei sich. Schließlich ist man doch nicht verheiratet. Man wird doch auch einmal sein eigener Herr sein dürfen. Und er sagte kurz entschlossen, nach seinem Zylinder und dem Domino eilend:

„Laut schnell hinüber, Mädel, und zieh dich um, wennst nix mehr zu tun hast auf der Bühne, ich führ dich zum Fasching!“

Eine echte, rechte Faschingsnacht war es, mit freischendem Schnee auf den Gassen, auf dem sich der Mondschein spiegelte. Handreich leuchteten die silbernen Strahlen auf den alten Siebeln und Dächern, die sich zwischen den sich spreizenden Neubauten duckten. Und im Fond des Fialers, eng aneinander geschniegelt, sah ein blauer Pierrot mit seiner kleinen mondcheinartigen Pierrette, der das Herz vor Erwartung des ersten Abenteurers hüpfte. Niemals war sie auf einem Ball gewesen, so sehr auch die Rolleninnen necken und spotteten. Der Respekt vor dem gestrigen Herrn Vater ließ keine Extratouren zu. Sie

kannte seine Handschrift. Siebzehnjährig, als älteste von vier Kindern, hieß es gut aufpassen, damit alles in Ordnung ging. Ihr lag die Erziehung der kleineren Geschwister ob, der fünfzehnjährigen Hannerl, der zwölfsjährigen Edani und des nachgeborenen dreijährigen Seppel, der heute noch, in jeder freien Stunde, an ihrem Schürzenband hing.

Nur ihrem ausgesprochenen Tanztalent und der Not der Zeit, die für Handwerker nichts übrig hatte, verdankte sie die dem Vater abgetretene Erlaubnis, im ehemaligen Hofballett tanzen zu lernen. Und als sie nach beendetem Studium als Nährerin der Redoutenmädel in das Hippodromtheater engagiert wurde und bei der neuen Revue eine anständige Gasse ausgemacht bekam, fühlte sie auch das durch, es knüpfte sich nur die eine Bedingung daran, sofort nach dem Verlassen der Bühne spornstreichs nach Hause zu kommen.

Sie lachte plötzlich in sich hinein, als sie daran dachte, was sie ihnen heute für einen Streich spielte. Zu Hause sah wohl der Vater in Hemdsärmeln beim Glas Tiroler, den er sich jeden Abend gönnte, und wartete auf die Sperrschleier, denn er veraltete zu gleicher Zeit als Hausmeisterstricher das fette Haus, wo nur vornehme Parteien wohnten. Mutter sah müde dabei und stopfte die schadhafte Sachen der Kleinen, soweit das nicht des Kefert tun mußte, die am Tage nicht anders zu tun hatte, wenn sie gerade nicht Probe hatte. Oftmals verfluchte sie dies eintönige Leben, manchmal aber hatte es auch schöne Stunden, eben wenn sie in der feinen, nur geliebten Tracht oben auf der Bühne stand und einen kleinen Blick ins Parfett werfen konnte, wo die „feinen Leute“ saßen. Und wenn die liebe Sonne schien und Mutter sie im stillen Einverständnis mit dem blauen Seppel zum Morgenpaziergang ins Freie schickte, dann merkte sie auch, wie schön das Leben sein konnte.

Des Abends pflegte der Rudi Straußner zu kommen. Kefert ohnte es mit dem Anstich der Frau, daß sie der Magnet war, der den stillen, blonden Jungen ins Haus zog. Es machte ihr einen diebischen Spaß, ihn zu quälen, ihn durch verteilte Witze anzureizen, um dann in dem Moment, wo er reagierte, steif wie eine Wachsfigur auf ihrem Stuhl zu sitzen. Er wußte nicht, woran er bei dem tolen Mädel war, er litt in Gedanken an ihren freien Beruf, und er sehnte lebhaftig die Stunde herbei, wo er genug für sie beide haben würde, um sie da herauszuholen.

(Fortsetzung folgt.)

Ist Württembergs Regierung verfassungsmäßig?

Das Reichsgericht sagt ja

Leipzig, 18. Febr. (Drahtmeldung.) In dem Verfassungsstreit der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im Württembergischen Landtag gegen das Land Württemberg und den Württembergischen Landtag um die Verfassungsmäßigkeit des seit dem 8. Juni 1928 bestehenden Kabinetts Dr. Wolf, verurteilte der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich heute früh folgende Entscheidung: „Die Anträge werden zurückgewiesen.“

Industrie und Hochfinanz verständnislos für die Finanzlage des Reiches

Berlin, 18. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Eine Anzahl von bekannten Persönlichkeiten der Industrie und der Hochfinanz erklärt eine Erklärung zur Finanzlage des Reiches, die jedes Verständnis für die wirkliche Lage vermissen läßt. Es wird u. a. Steuerentlastung gefordert und eine allgemeine Ausgabenkürzung verlangt, wobei besonders auf sozialpolitisches Gebiet hingewiesen wird.

Die Erklärung, die von so bekannten Industriellen wie Krowe, Elberfeld, Silberberg, Köln und auch mehreren Universitätsprofessoren unterschrieben ist, steht im diametralen Gegensatz zu dem von uns gemeldeten Entschluß des Bundesausschusses des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Angestelltenversicherung ist bereit zum Kauf von Reichsbahnaktien

Berlin, 18. Februar. (Drahtmeldung.) Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat folgende Entscheidung angenommen:

„Die Reichsversicherungsanstalt ist durchaus bereit, im Rahmen ihrer Vermögensanlagen aus den Mitteln der Jahre 1930 und 1931 Reichsbahnvorzugsaktien, und zwar im Wege des Kaufs, wie sie es schon getan hat, in nennenswertem Betrage zu erwerben. Voraussetzung hierfür ist aber, daß über den Erwerb die Organe der Selbstverwaltung frei zu entscheiden haben und daß der Reichsversicherungsanstalt durch den Kauf dieser Aktien nicht zu viel von den Mitteln entzogen wird, die sie darlehensweise der Wirtschaft, insbesondere dem Wohnungsbau, zur Verfügung stellt.“

Die Invalidenversicherung sagt „Nein“

Berlin, 18. Febr. (Drahtmeldung.) Die verantwortlichen Instanzen der Invalidenversicherung haben jede Inanspruchnahme der Versicherungsgelder durch das Reich strikt abgelehnt. Sie verweisen auf die schon erhobene Zwangsanleihe von 164 Millionen. Damals habe man der Versicherung gesagt, daß es sich nur um einen einmaligen Zugriff handle. Diese Zusage müsse gehalten werden, wenn die Existenz der Versicherung nicht in Frage gestellt werden soll.

Polizei bei der KPD-Zentrale Durchsuchung des Liebknechthauses

Berlin, 18. Februar. (Eig. Drahtber.) Die Berliner Kriminalpolizei unternahm heute eine große Aktion gegen die Zentrale der kommunistischen Partei, die in dem sogenannten Karl Liebknechthaus am Bülowplatz in Berlin untergebracht ist. Zur Durchführung der Aktion wurde ein größeres Aufgebot von Kriminalbeamten und uniformierten Beamten hinzugezogen. Nachdem man die Haupt- und Nebeneingänge des Gebäudes besetzt hatte, wurde auch die Telefonzentrale während der Zeit der polizeilichen Untersuchungen von Beamten besetzt, um jede Verbindung mit der Außenwelt abzuschneiden. Es wurde dann das ganze Gebäude vom Keller bis zum Dachgeschoß gründlich durchsucht. Es wurden zahlreiche Druckfächer und Broschüren beschlagnahmt, die teilweise schon durch frühere Gerichtsbeschlüsse verboten waren. Zwei Lastkraftwagen voll beschlagnahmter Schriften wurde nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Nach der Durchsuchung wurde die Polizei aus dem Gebäude wieder zurückgezogen. Irigendwelche Festnahmen sind im Gebäude nicht erfolgt. Vor dem Hause kam es infolge des starken Polizeiaufgebots zu Zusammenrottungen und Aufläufen von Erwerbslosen. Als die Menge eine drohende Miene gegen die Polizeibeamten annahm, wurde der Platz unter Anwendung des Gummischnappens geräumt. Dabei kam es mehrfach zu erregten Szenen. Auf dem Dache des Hauses wurde von Parteigebhörigen eine rote Fahne gehißt. Von den Fenstern aus wurden Ausrufe gehalten, die mit einem Hoch auf Sowjet-Rußland und die Weltrevolution endeten.

Im Verlauf der Säuberungsaktion gab ein Polizeibeamter, der in Bedrängnis geraten war, einen Schreckschuß ab, durch den jedoch niemand verletzt wurde.

Bindender Schiedsspruch im Chauffeurstreik

Berlin, 19. Febr. (Drahtmeldung.) Nach längeren Verhandlungen vor dem unparteiischen Schiedsgericht wurde spät am Abend ein Schiedsspruch in dem Kampf im Berliner Droschken-gewerbe gefällt, der nach einer vorher abgeschlossenen Vereinbarung für beide Parteien bindend ist. Nach diesem Schiedsspruch erhalten die Kraftdroschkenführer 33 1/2 Proz. der Brutto-entnahme, mindestens jedoch pro Schicht 4,50 Mk. Außerdem

Die Not der Landwirtschaft

vor dem Preussischen Landtag

Der Preussische Landtag begann am Dienstag, nachdem ein kommunistischer Protest gegen die Abschließung von Abgeordneten durch die polizeiliche Besetzung des Hauses der „Roten Fahne“ zum Ausdruck gebracht war, die allgemeine Aussprache zur zweiten Lesung des Landwirtschaftsetats. Der Ausschuss hat über 80 Anträge hierzu vorgelegt. Sie wollen Stabilisierung der landwirtschaftlichen Preise, handelspolitischen Schutz der agrarischen Produkte durch Zollerhöhungen, ausgedehnte bäuerliche Besiedlung der Grenzprovinzen, Zinsverbilligung, Steuererleichterungen usw.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger

betonte, die notwendige Steigerung der Ausfuhr müsse durch künstliche Senkung der Einfuhr ergänzt werden. Die Landwirtschaft selbst müsse durch Hebung der Qualität ihrer Produkte und bessere Absatzorganisation zur Befreiung aus ihrer Not beitragen. Bei Erörterung der neuen Zollbeschlüsse des Reichstages wünschte er alsbaldige Intraffizierung auch des erhöhten Butterzolls. Am schärfsten komme die schwierige Lage der Landwirtschaft in den gänzlich unzureichenden Roggenpreisen zum Ausdruck. Es müsse darauf Bedacht genommen werden, den Roggen verstärkt seinem eigentlichen Zweck als menschliches Nahrungsmittel zuzuführen. Er begrüße den Entwurf eines

Brotgesetzes mit ähnlichen Gedankenengängen. Die Landwirtschaft selbst aber müsse den Roggenbau künstlich einschränken.

Abgeordneter Brandenburg (Z.) hielt den Deutschnationalen vor, daß sie die Not der Landwirtschaft parteipolitisch auswerteten. Wir sind, so erklärte er, durchaus der Meinung, daß die Not der Landwirtschaft keine parteipolitische, sondern eine nationalpolitische Frage sei. Aber gerade die sogenannten Vertreter der Landwirtschaft bei den Deutschnationalen vergaßen das immer. Immerhin hat der Landtagsabgeordnete Graf Stolberg-Bernigerode die Landwirtschaft ermahnt, sich aus der bisherigen parteipolitischen Isolierung zu lösen. Uebrigens hat Graf Stolberg auch den berechtigten Vorwurf ausgesprochen, daß die Landwirtschaft aus parteipolitischen Gründen seit 30 Jahren immer ihre Not übertriebe, woraus die Gefahr entstehen könne, daß man ihr auch im Falle wirklicher Not mißtrauisch gegenüberstehe werde. Auch andere Berufsstände, so das Handwerk und vor allem die Arbeiterschaft, leiden Not. Die Sozialdemokratische Partei und die Landarbeitergewerkschaft seien durchaus bereit, an einer besseren Preisgestaltung für die Landwirte mitzuwirken.

Nach weiteren Reden verlag sich das Haus auf Mittwoch 11 Uhr. Besprechung der Mißtrauensanträge gegen den Ministerpräsidenten Otto Braun.

Nur wenig falsche Hundert-Dollarnoten im Verkehr

Berlin, 18. Februar. (Drahtmeldung.) Das Aufsuchen der falschen Hundertdollarnoten in Berlin, deren Erscheinen in Bankfreien erhebliche Beunruhigung hineingetragen hat, veranlaßte die Falschgelddetektoren sämtlicher europäischer und amerikanischer Staaten mit Hilfe der Grobbanken festzustellen, wieviele falsche Hundertdollarnoten sich eigentlich insgesamt im Umlauf befinden, ob es sich bei diesen Fälschungen um eine private Werkstatt handelt oder ob, wie mehrfach vermutet wurde, möglicherweise sogar ein Staat hinter diesen Fälschungen stecken könnte. Wohl nahezu alle nennenswerten Vorräte an Hundertdollarnoten wurden im Laufe der letzten Wochen eingehend geprüft und es hat sich, wie das Berliner Tageblatt mitteilt, dabei herausgestellt, daß wohl einige Fälschungen darunter waren, daß deren Zahl aber im Verhältnis zu den vorhandenen Mengen an echten Scheinen so gering ist, daß man jedenfalls von einer großangelegten Fälschung nicht sprechen kann. Ähnlich sind auch die Untersuchungen in den anderen Staaten verlaufen; auch dort hat man verhältnismäßig nur wenige falsche Scheine feststellen können. Seit der Aufdeckung der in Berlin in Zahlung gegebenen falschen Dollarnoten sind übrigens von diesen falschen Dollarnoten in ganz Europa keine Scheine mehr auf den Markt gekommen.

Es scheint, daß die Fälscher gewarnt sind, und garnicht mehr den Versuch unternehmen, die als Fälschungen erkannten Hundertdollarnoten an den Mann zu bringen.

Poincaré will noch nicht

Die Sozialisten fordern Linkserregung

Paris, 18. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der herkömmlichen Tradition folgend, hat der Präsident der Republik Doumergue am Dienstag die Präsidenten von Kammer und Senat sowie die Parteiführer empfangen, um ihre Meinung über die Nachfolge Lardens einzuholen. Vor Mittwoch abend wird er aber voraussichtlich den Auftrag zur Kabinettsbildung vergeben. Inzwischen hat Poincaré erklären lassen, daß er sich gesundheitlich noch nicht stark genug fühle, um das Amt des Ministerpräsidenten wieder zu übernehmen. Er wolle sich noch einige Monate der Erholung gönnen.

Die sozialistische Kammerfraktion nahm am Dienstag eine Entschließung an, in der es heißt, daß eine Linkserregung gebildet werden müßte. Die Sozialisten seien bereit, eventuell selbst die Regierung zu übernehmen, sie seien aber ebenso bereit, ein von den Radikalen gebildetes ausgesprochenes Linkskabinett zu unterstützen.

Die Vollmachten der Delegationen zur Zollfriedenskonferenz

WTB. Genf, 18. Februar. (Drahtmeldung.) Bei der Prüfung der Vollmachten der Teilnehmer an der Zollwaffenstillstandskonferenz hat sich ergeben, daß nur die Delegationen von acht Staaten, nämlich Deutschland, Österreich, England, Spanien, Estland, Finnland, Griechenland und Japan zur Unterzeichnung eines Zollwaffenstillstandsabkommens ermächtigt sind. Die übrigen 22 Delegationen haben nur Vollmacht zur Teilnahme an der Konferenz. Die Konferenzleitung behält sich daher vor, gegebenenfalls die übrigen Delegationen zu ersuchen, sich erweiterte Vollmachten zur Unterzeichnung eines Zollwaffenstillstandsabkommens zu beschaffen.

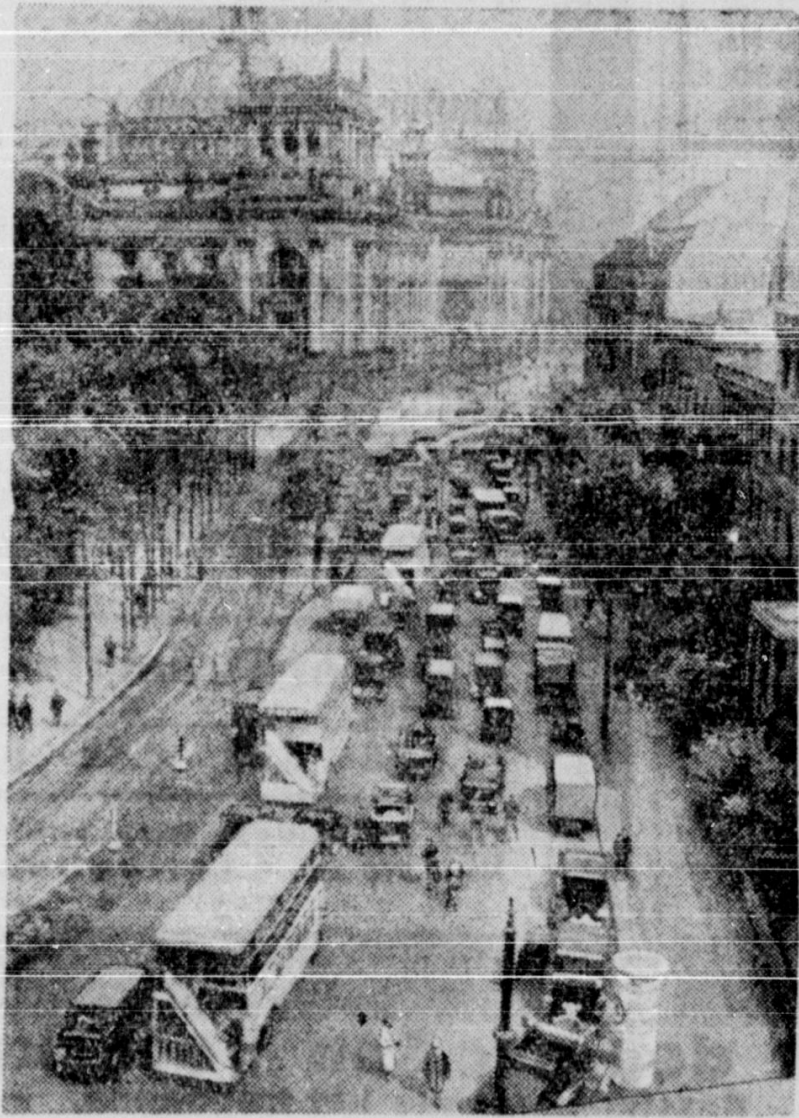
Das Genfer Übereinkommen von Dänemark angenommen

Kopenhagen, 18. Febr. (Drahtmeldung.) Die Vorlage über die Ratifizierung des Genfer Übereinkommens zur friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten wurde vom dänischen Parlament nach kurzer Aussprache einstimmig angenommen.

Explosionsunglück in New-Jersey

Zwei Tote, 63 Verletzte

WTB. Elizabeth (New-Jersey), 18. Febr. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich heute in der Alkoholabteilung der Standard-Oil Company Anlagen in Linden (New-Jersey). Durch die Explosion, die einen Brand hervorrief, wurden zwei Personen getötet und über 63 verletzt.



In unserer Reichshauptstadt nähert sich der Verkehr immer mehr amerikanischen Verhältnissen. Wir zeigen ein interessantes Bild von der Friedrich-Ebert-Straße mit dem Reichstag im Hintergrund. Die ganze Straße ist durch Fahrzeuge aller Art so verstopft, wie wir es nur auf Bildern von New York zu sehen gewohnt sind.

Für den Bücherfreund!



bieten wir jetzt die Gelegenheit, gute Bücher für wenig Geld zu kaufen. Wir wollen einige Titel unseres Lagers räumen und bieten sie zu ganz besonders ermäßigten Preisen an. Lieferung kann jedoch nur solange erfolgen, wie unsere Bestände reichen. Darum empfiehlt sich sofortige Bestellung. Wir bieten an:

Sinclair, der Rekrut über Erziehung	statt 3,50	nur 1.25 Mk.
Roman von Speckmann, Ganzleinen	statt 5.00	nur 3.50 Mk.
Bonsels, Menschenwege (Roman)	statt 4.75	nur 2.50 Mk.
Kleine Dietzbücher, 5 Bände, Ganzleinen zus.	statt 10.00	nur 5.00 Mk.
Roman von Rosegger	statt 3.50	nur 2.00 Mk.
Italien, Kreuzweg des Lebens	statt 2.50	nur 0.70 Mk.
Bücherkreis, Roman, Ganzleinen	statt 4.80	nur 3.00 Mk.
Lehmann, Die Frauen aus dem alten Staden	statt 1.80	nur 0.50 Mk.
Roman von Wilhelm Raabe, Halbleinen	statt 4.50	nur 3.00 Mk.

Sonder - Angebot!

Obige Bücher, 13 Bände, als geschlossene Bibliothek auf Buchkarte für zusammen nur 21.— Mk., zahlbar in Raten von 1.50 Mk. alle 14 Tage. Die Raten kassiert der Zeitungsbote. Bestellungen sofort an:

Volksbuchhandlung Gelsenkirchen, Ringstr. 33

Bestellzettel:

Ich bestelle obige Bücher zum Vorzugspreise von 21.— Mk. auf Buchkarte. Die Raten in Höhen von 1.50 Mk. alle 14 Tage sollen durch Zeitungsboten kassiert werden.

Name Beruf
Adresse

Mittwoch
wieder zum
Kinderstag



Gelsenkirchen
Bahnhofstraße



Für die kalten Tage die richtige Kinder - Kleidung

Kinder-Gamaschen reine Wolle, verschiedene Farben . . . 0.75	0.45
Kinder-Schlüpfer angerauht, warme Qualität . . . Größe 1	0.38
Kinder-Schlüpfer mit Se dendecke angerauht . . . Größe 1	0.80
Kinder-Unteranzüge wollgemischt Größe 60	0.95
Kinder-Unteranzüge dicke Futter Qualitäten Größe 60	1.45
Kinder-Höschen schwarz, reine Wolle und Wolle plattiert Gr. 3 1 95	1.45

Kinder-Röckchen dicke warme Qual., weiß u. farb. Lg. 45	1.50
Rodel-Garnituren Mütze und Schal, reine Wolle	1.45
Kinder-Pullover reine Wolle, besonders preiswert Gr. 5	3.95
Kinder-Schotten besonders schöne Ausmusterung, gute Qualitäten Meter 1.30, 1.10	0.95
Kinder-Kleider ein arb. u. bunt, gute Stoffe u. Verarbeitung	1.95
Kinder-Mäntel Flausch, mit Plüsch garniert	3.95

Kinder-Strümpfe farbig solide Qualitäten, besonders preiswert									
Größe 1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
0.25	0.32	0.40	0.48	0.55	0.62	0.70	0.78	0.85	0.92

Trotz der billigen Preise beim Einkauf von Mark 3.00 an 1 Luftballon gratis!

Im Erfrischungsraum:
Die bekannte Mittwochs-Spezialität!

Der Kartenvorverkauf für den großen Volkskarneval

am Sonntag, den 2. März in der Ausstellungshalle hat begonnen. Im Vorverkauf kostet die Karte 80 Pfg., an der Kasse Mk. 1.—. Erwerbslose Mitglieder erhalten auf der Geschäftsstelle, Königstraße 5, Vorzugskarten zum Preise von 50 Pfg. Karten sind bei allen Führern des Bundes und in der Buchhandlung „Volkswille“ zu haben.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Piscator-Bühne

Schauspiel-Kollektiv

2

Volks-Vorstellungen

Donnerstag, 20. Februar, 20 Uhr
Freitag, 21. Februar, 20 Uhr

§ 218

Schauspiel in 3 Akten
von Carl Credé
Regie: Erwin Piscator

Einheitspreis:
Jeder Platz RM. 1.—

Hans-Sachs-Haus

Kartenvorverkauf: Sammelkasse Alsborg; Verkehrsverein am Hauptbahnhof; Zigarrenhaus H. Wilde, Alter Markt und Wannerstraße; Pianohaus Nevries, Hans-Sachs-Haus; Volksbuchhandlung, Ringstraße 33 und an der Abendkasse.

Westfälische Asphalt-Gesellschaft

Telefon 224 76

Gelsenkirchen

Ringstraße 38

Loose Weine

Ortsch. Süßwein	1.95
Ortsch. Weißwein	1.95
Ortsch. Süßwein	1.95
Ortsch. Weißwein	1.95
Ortsch. Süßwein	1.95
Ortsch. Weißwein	1.95
Ortsch. Süßwein	1.95
Ortsch. Weißwein	1.95

Forster's
Weinhandlung
Luitpoldstraße 24

Kaufe ständig

Schlachtpferde

Roßschlachtere
Kuhlmann
Gelsenkirchen,
Schalker Straße 80
Telefon 27980 u. 22871
Horst,
Hermannstraße 28

Nur Florastraße 4

an der Wiese (dem Gaswerk gegenüber)
ist die Verkaufsstelle der ersten, rühmlichst bekannten Kampmann's Waschmaschinen, Wring-, Mangelmaschinen, Wassermotoren und Elektromotoren. Nirgendwo kaufen Sie billiger. Bis 10 Monate Ziel und länger 30-jährige Erfahrung. Fachmännische Bedienung. Eigene Filialen an vielen Plätzen.

Inserieren bringt Gewinn

Hading

empfiehlt heute als ganz besonders preiswert und gut:

Molkerei-Süßrahmbutter im Faß, ohne Salz Pfund	1.85
Holländ. Goudakäse Pfund	98 Pfg.
Edamer Käse Pfund	98 Pfg.
Hannoversche Weißwurst	1.10
Schwarzenmagen mit Kümmel Pfund	88 Pfg.
Prima junge Schnittbohnen 2-Pfund-Dose	59 Pfg.
Prima jg. Erbsen 2-Pfund-Dose	69 Pfg.

Hading

Bahnhofstr. 31 und bekannte Filialen

Wir bitten die Vormittags- und frühen Nachmittagsstunden zum Einkauf zu benutzen, da es wegen des großen Andranges in den Abendstunden nur dann möglich ist, unsere verehrte Kundschaft so zu bedienen, daß sie in jeder Weise zufrieden gestellt wird.

Gelsenkirchen-Buer.

Benachrichtigung.

Der Entwurf zum Nachtragset der Stadt Gelsenkirchen-Buer für das Rechnungsjahr 1929 liegt gemäß § 66 der Städteordnung für die Provinz Westfalen von heute ab 8 Tage lang

im Rathaus Gelsenkirchen, Zimmer 11,
im Rathaus Buer, Zimmer 41,
im neuen Amtshaus Hocht, Zimmer 11,
zur Einsicht offen.

Gelsenkirchen-Buer, 19 Febr. 1930
Der Oberbürgermeister.

Gelsenkirchen-Buer.

Benachrichtigung.

Gaafactioffverföhrung.

Die Firmen, die bereit sind, auch in diesem Jahre die hiesige Bevölkerung mit freibestem Kartoffelsaatgut zu beliefern, werden gebeten, am Freitag, den 21. dieses Monats, 17 Uhr, im Rathause des Stadtteiles Gelsenkirchen, Zimmer 39, zu einer Besprechung zu erscheinen.

Berichterstatter: Landwirtschaftsrat Dr. Walter von der Bezirksstelle für Pflanzenzüchtung in Bochum

Gelsenkirchen-Buer, 17. Februar 1930.
Der Oberbürgermeister.